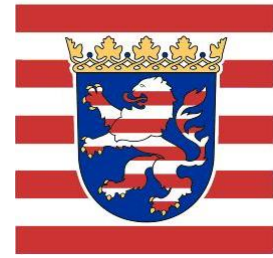




HESSEN



Bericht aus Brüssel

02/2022 vom 28.01.2022

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Corona.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Europäisches Parlament.....	5
Ausschuss der Regionen.....	12
Wirtschaft.....	13
Verkehr.....	16
Energie.....	17
Digital.....	18
Forschung.....	20
Finanzdienstleistungen.....	21
Finanzen.....	22
Soziales.....	24
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	24
Umwelt.....	26
Landwirtschaft.....	27
Justiz.....	29
Inneres.....	30
Bildung und Kultur.....	33
Information, Kommunikation und Medien.....	34
Veranstaltungen.....	34
Vorschau.....	36

Institutionelles

EU; Konferenz zur Zukunft Europas: Empfehlungen der Bürgerforen

Am 21./22.01.2022 fand ein weiteres Plenum der Konferenz zur Zukunft Europas statt, bei dem die Bürgerforen 2 und 3 insgesamt 90 Empfehlungen vorgetragen haben. Die Themen, die die Bürgerforen behandelten, umfassten die Bereiche Europäische Demokratie, Rechte, Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit sowie Klimawandel, Umwelt und Gesundheit. Die beiden genannten Bürgerforen haben nun ihre Arbeit weitestgehend abgeschlossen. Vertreter aus den Institutionen äußerten sich im Anschluss insgesamt sehr positiv über die Empfehlungen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20220124IPR21607/konferenz-zur-zukunft-europas-im-plenum-erorterte-empfehlungen-der-burgerinnen>

Corona

Rat; Neue Regelungen zum Reisen in der EU verabschiedet

Der Rat hat am 25.01.2022 eine Einigung zur verstärkten Koordinierung der Reiseregulungen der Mitgliedstaaten (MS) erzielt. Mit einer Ratsempfehlung MS die Reisebestimmungen innerhalb der EU. Hierfür hatte die Kommission am 21.12.2021 einen Vorschlag unterbreitet. Im Zentrum steht ein neuer verbindlicher Anerkennungszeitraum für das digitale COVID-Zertifikat von neun Monaten. Grundlage für die Gültigkeit ist die Verabreichung der letzten Dosis der Impfserie. Die neue Regelung tritt am 01.02.2022 in Kraft. Eine Empfehlung zur Koordinierung von Maßnahmen mit Auswirkung auf die Freizügigkeit hat der Rat erstmals am 13.10.2020 angenommen. Ziel sei es, die Auswirkungen der Pandemie auf den freien Personenverkehr innerhalb der EU möglichst geringen zu halten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/policies/coronavirus/covid-19-travel-in-the-eu/>

Kommission; Bekämpfung von COVID-19-Desinformationen

Die Kommission hat am 27.01.2022 erneut darüber berichtet, welche Maßnahmen zur Bekämpfung von Falschinformationen über COVID-19 die Unterzeichner des EU-Verhaltenskodex gegen Desinformationen ergriffen haben. Die neuen Berichte erfassen den Zeitraum November und Dezember 2021 und betreffen insbesondere Desinformationen über Impfkampagnen. Wie in der Vergangenheit erkennt die Kommission die Bemühungen an, fordert von den Unternehmen aber mehr Daten für die Wirkung der Maßnahmen auf Ebene der Mitgliedstaaten ein. Zu den Unterzeichnern des Kodex zählen TikTok, Google, Microsoft, Meta (Facebook) und Twitter.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/fighting-covid-19-disinformation-reports-november-and-december-actions>

Außen- und Verteidigungspolitik

Rat; Informelle Außenministerkonferenz in Brest

Am 13./14.01.2022 kamen die EU-Außenminister in Brest (FRA) zusammen, um über die Lage im russisch-ukrainischen Grenzgebiet zu beraten. Es wurde betont, dass aus europäischer Sicht die Gespräche unbedingt weitergeführt werden sollten. Dies brauche Ausdauer und Geduld, so z.B. Bundesaußenministerin Baerbock. Einstimmig wurde ein Zehn-Punkte-Plan verabschiedet, der einen einheitlichen Umgang mit Russland gewährleisten soll. Neben der Betonung der Wichtigkeit des Dialogs mit

Russland sieht der Zehn-Punkte-Plan jedoch auch die Möglichkeit noch schärferer Wirtschaftssanktionen vor.

https://www.diplomatie.gouv.fr/IMG/pdf/communiqu_e_du_16_janvier_2022_cle85c28_d.pdf

Rat; Rat für Auswärtige Angelegenheiten vom 24.01.2022

Am 24.01.2022 kamen die EU-Außenministerinnen und -minister im Rat für Auswärtige Angelegenheiten zusammen, um über die aktuelle Sicherheitslage in Europa zu diskutieren. Der Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, informierte über die jüngsten Entwicklungen hinsichtlich des Truppenaufmarschs Russlands im Grenzgebiet zur Ukraine. Der Rat nahm außerdem Schlussfolgerungen zu der Sachlage an: In diesen unterstrichen die Ministerinnen und Minister, dass Russland offensichtlich das Ziel verfolge, historische Trennlinien in Europa wiederherzustellen. Damit unterwandere Russland das Fundament und die Prinzipien, auf denen die europäische Sicherheit aufbaue. Der Rat untermauerte seine Unterstützung für die Ukraine und stellte klar, dass jede weitere militärische Aggression gegen die Ukraine schwerwiegende Konsequenzen haben werde. Obwohl der Dialog die erste Wahl sei, verdeutlichte der Hohe Vertreter, dass die EU in den finalen Zügen angelangt sei, um schwerwiegende Reaktionen auf potenzielle neue Aggressionen Russlands zur Hand zu haben. Man sei bereit, schnell auf eine Verschlechterung der Lage zu reagieren.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/fac/2022/01/24/>

Rat; Rat für Allgemeine Angelegenheiten vom 25.01.2022

Am 25.01.2022 kamen die Europaministerinnen und -minister der Mitgliedstaaten im Rat für Allgemeine Angelegenheiten zusammen, um über das Kommissionspaket zur Stärkung der Demokratie in der EU, über die Zukunftskonferenz, die COVID-19-Situation und die Beziehungen der EU zu GBR zu diskutieren. Hinsichtlich des Kommissionspakets zur Stärkung der Demokratie und Integrität von Wahlen in der EU betonten die Ministerinnen und Minister die Notwendigkeit einer erhöhten Transparenz für politische Werbung und für freie und faire Wahlen sowie eine Garantie für offene öffentliche Debatten. Hinsichtlich der Konferenz zur Zukunft Europas führten die Anwesenden eine Bestandsaufnahme durch und wurden durch die FRA-Ratspräsidentschaft (RP) darüber informiert, dass die RP plane, ihren Zwischenbericht für die Konferenz am 09.05.2022 vorlegen zu wollen. Auch zum Thema COVID-19 wurde eine Bestandsaufnahme durchgeführt und gleichzeitig betont, dass die fortgesetzte Zirkulation der Delta-Variante als auch die schnelle Verbreitung der Omikron-Variante es erforderten, weiterhin für eine kraftvolle Impfkampagne einzustehen. Im Hinblick auf die Beziehungen der EU zu GBR untermauerten die Ministerinnen und Minister, dass die EU auch weiterhin dafür einstehen müsse, dass die laufenden Gespräche mit GBR fortzusetzen seien und praktische Lösungen gefunden werden sollten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/gac/2022/01/25/>

Kommission; Treffen zwischen Šefčovič und Truss (EU-GBR)

Kommissionsvizepräsident Maroš Šefčovič kam am 24.01.2022 erneut mit der britischen Außenministerin Liz Truss zusammen, um das weitere Vorgehen bei der Umsetzung des Nordirland-Protokolls zu besprechen. Vereinbart wurde außerdem, dass sich das gemeinsame EU-GBR-Komitee im Laufe des Februars treffen werde. Bekräftigt wurde der gemeinsame Glaube an Freiheit, Demokratie und an gemeinsame Werte. Šefčovič betonte, dass sowohl die EU als auch GBR das Interesse teilten, Vertrauen und die Arbeit in enger Partnerschaft wiederaufzubauen. Dies gelte insbesondere in einer Welt, in der die Demokratie zunehmend unter Druck gerät.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_22_547
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech_22_556

Rat; EU-Serbien Stabilisierungs- und Assoziationsrat

Am 25.01.2022 traten Vertreter Serbiens, des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) und der Kommission im EU-Stabilisierungs- und Assoziationsrat zusammen. Die EU-Seite wurde vom Hohen Vertreter, Josep Borrell und Kommissar Olivér Várhelyi vertreten. Die serbische Seite von Ana Brnabić, der Premierministerin des Landes. Die Teilnehmer evaluierten den Fortschritt Serbiens im Annäherungsprozess des Landes an die EU. Beide Seiten unterstrichen dabei ihr Engagement für eine europäische Perspektive Serbiens in der Zukunft. Serbien müsse sich allerdings stärker auf fundamentale Reformen konzentrieren. Fortschritte in der Rechtsstaatlichkeit und bei den Grundrechten seien unabdingbar. Selbiges gelte auch für die Normalisierung der Beziehungen Serbiens zum Kosovo.

<https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2022/01/25/joint-press-statement-following-the-meeting-of-the-eu-serbia-stabilisation-and-association-council-25-january-2022/>

Kommission; Humanitäre Hilfe für West- und Zentralafrika

Am 27.01.2022 kündigte die EU weitere humanitäre Hilfe in Höhe von 175 Mio. EUR für das Jahr 2022 an. Diese kämen den schutzbedürftigen Bevölkerungsgruppen der Länder West- und Zentralafrikas zugute. Die Mittel werden humanitären Projekten in acht Ländern zugewiesen: Burkina-Faso (23,5 Mio. EUR), Kamerun (16 Mio. EUR), Zentralafrikanische Republik (17 Mio. EUR), Tschad (26,5 Mio. EUR); Mali (25 Mio. EUR), Mauretanien (8,5 Mio. EUR), Niger (24 Mio. EUR) und Nigeria (34 Mio. EUR). Der EU-Kommissar für das Krisenmanagement, Janez Lenarčič erklärte, dass die Bevölkerung West- und Zentralafrikas nach wie vor von einer komplexen humanitären Krise betroffen sei, die schwerste Verstöße gegen die Rechte von Kindern, geschlechtsspezifische Gewalt, Entführungen und Überfälle beinhalte. Der humanitäre Bedarf werde durch eine beispiellose Nahrungsmittelkrise, durch Naturkatastrophen, den Klimawandel und die COVID-19-Pandemie zusätzlich verschärft.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_628

E u r o p ä i s c h e s P a r l a m e n t

Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vom 17.-20.01.2022 in Straßburg

Halbzeit der Legislaturperiode: Das EP wählt Roberta Metsola (EVP/MTA) zur Präsidentin

Am 18.01.2022 wählten die MdEP Vizepräsidentin Roberta Metsola (EVP/MTA) zur Präsidentin des EP für die zweite Hälfte der Legislatur. Metsola gewann die Wahl im ersten Wahlgang, in dem sie unter drei Kandidaten eine absolute Mehrheit von 458 der 690 abgegebenen Stimmen erhielt. Vor der Wahl zog MdEP Kosmas Złotowski (ECR/POL) seine Kandidatur zurück, wodurch sich die Zahl der Kandidaten von vier auf drei verringerte. Die geheime Abstimmung wurde per Fernteilnahme abgehalten.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20220114IPR21012/roberta-metsola-zur-neuen-prasidentin-des-europaischen-parlaments-gewahlt>

Halbzeit der Legislaturperiode: Die neuen Vizepräsidenten des Parlaments

Am 18.01.2022 wählte das EP auch seine 14 Vizepräsidenten für die verbleibenden zweieinhalb Jahre der laufenden Legislaturperiode 2019-2024. Neun Vizepräsidenten

wurden im ersten Wahlgang und drei im zweiten Wahlgang gewählt. Die verbleibenden zwei Sitze wurden im dritten Wahlgang bestimmt.

Ergebnis des ersten Wahlgangs:

Die neu gewählten Vizepräsidenten sind nachstehend in der Reihenfolge aufgeführt, in der sie gewählt wurden:

1. MdEP Othmar Karas (EVP/AUT)	536
2. MdEP Pina Picierno (S&D/ITL)	527
3. MdEP Pedro Silva Pereira (S&D/PTL)	517
4. MdEP Ewa Kopacz (EVP/POL)	467
5. MdEP Eva Kaili (S&D/GRI)	454
6. MdEP Evelyn Regner (S&D/AUT)	434
7. MdEP Rainer Wieland (EVP/DEU)	432
8. MdEP Katarina Barley (S&D/DEU)	426
9. MdEP Dita Charanzová (RN/CZR)	406

Ergebnis des zweiten Wahlgangs:

1. MdEP Michal Šimečka (RN/SLK)	494
2. MdEP Nicola Beer (RN/DEU)	410
3. MdEP Roberts Zīle (ECR/LET)	403

Ergebnis des dritten Wahlgangs:

1. MdEP Dimitrios Papadimoulis (GUE/GRI)	492
2. MdEP Heidi Hautala (GRÜNE/FIN)	384

Halbzeit der Legislaturperiode: Wahl der Quästoren

Die fünf neuen Quästoren für die verbleibenden zweieinhalb Jahre der laufenden Legislaturperiode des Parlaments wurden am 19.01.2022 in zwei Wahlgängen per geheimer Wahl unter Fernteilnahme gewählt.

Erster Wahlgang

In diesem Wahlgang wurden vier Kandidaten in der nachstehenden Rangfolge gewählt:

1. MdEP Anne Sander (EVP/FRA)	622
2. MdEP Christophe Hansen (EVP/LUX)	576
3. MdEP Monika Beňová (S&D/SLK)	487
4. MdEP Fabienne Keller (RN/FRA)	479

Zweiter Wahlgang

MdEP Marcel Kolaja (GRÜNE/CZR) wurde mit 344 Stimmen zum fünften Quästor des EP gewählt. MdEP Karol Karski (ECR/POL) erhielt 324 Stimmen und wurde nicht gewählt.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20220114IPR21013/die-neuen-vizepresidenten-und-quastoren-des-parlaments>

Macron stellt Schwerpunkte der französischen EU-Ratspräsidentschaft (FRA-RP) vor

Am 19.01.2022 präsentierte der FRA-Präsident Emmanuel Macron die wichtigsten Ziele und die politische Strategie für die FRA-RP. In der Debatte erklärte Präsident Macron, dass die Gründungsversprechen der EU – Demokratie, Fortschritt und Frieden – heute bedroht seien, und rief dazu auf, sie neu zu beleben. Er warnte, dass das Ende der Rechtsstaatlichkeit der Beginn des Autoritarismus sei und betonte, dass die EU den Dialog nutzen müsse, um diejenigen zurückzugewinnen, die von den demokratischen Grundsätzen „abdriften“. Er versicherte den MdEP, dass die FRA-RP

Gesetzesvorhaben zur Verbesserung der Qualität der Beschäftigung, zur Gewährleistung angemessener Löhne, zur Verringerung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles, zur Gewährung von Rechten für Plattformarbeiter, zur Bekämpfung von Diskriminierung und zur Gewährleistung einer ausgewogenen Vertretung von Frauen und Männern in den Leitungsorganen von Unternehmen Priorität einräumen werde. Er schlug außerdem vor, das Recht auf Abtreibung in die Europäische Charta der Grundrechte aufzunehmen. Präsident Macron verwies auch auf die Herausforderungen in den Bereichen Klima, Digitalisierung und Sicherheit, in denen in diesem Halbjahr Gesetzesvorlagen vorgebracht werden sollen. Im Bereich der Verteidigung betonte Präsident Macron, dass Europa in der Lage sein müsse, Risiken vorherzusehen und seine eigene Sicherheit zu garantieren. Versuche der Einmischung und Destabilisierung, insbesondere aus Russland, müssten standhaft abgewehrt und diejenigen, die gegen internationale Regeln verstoßen, wirksam bestraft werden. Europa müsse eine kulturelle, demokratische und bildungspolitische Macht werden. Für die Kommission erwiderte Vizepräsident Maroš Šefčovič auf die Rede Macrons. Insbesondere wies er auf die Herausforderungen für die europäische Sicherheit hin. Als Schwerpunkte für die kommenden Monate nannte er die strategische Partnerschaft mit Afrika, die Beziehungen zu den Ländern des westlichen Balkans sowie die wirtschaftliche und technologische Unabhängigkeit Europas. In Bezug auf GBR sagte er, dass die Kommission guten Willen zeigen werde, dass Europa aber einen Partner brauche, der das Gleiche tue. In ihren Reaktionen auf die Rede Macrons begrüßten die Fraktionsvorsitzenden weitgehend die FRA-Prioritäten, fügten jedoch weitere Punkte hinzu, darunter die Abschaffung der Einstimmigkeitsregel im Rat im Bereich der Außenpolitik, um unter anderem auf das Verhalten des russischen Präsidenten Putin entschlossen reagieren zu können, die Beseitigung des Ungleichgewichts zwischen den Gehältern von Männern und Frauen und die Überprüfung des Fiskalpakts. Mehrere Redner forderten Fortschritte in Fragen der Rechtsstaatlichkeit in Bezug auf HUN und POL und kritisierten die Unterstützung der FRA-Regierung für die Aufnahme der Atomkraft in die neuen Vorschläge für eine grüne Taxonomie.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2022-01-19-ITM-010_DE.html

Sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte in der EU

Am 20.01.2022 beschäftigte sich das EP in seiner ersten Aussprache über ein aktuelles Thema in der zweiten Hälfte der Legislatur mit dem Thema sexuelle und reproduktive Gesundheit. In der Debatte sprach ein Teil des Hauses von einem „Menschenrecht auf Abtreibung“ und ein Teil des Hauses verwies auf das Subsidiaritätsprinzip und kritisierte die Debatte als „übergriffig“, da die EU keine Zuständigkeit habe. Der Europastaatssekretär Clément Beaune (FRA) konkretisierte, wie sich die FRA-RP den Weg zur Umsetzung von Macrons Forderung, das Recht auf Abtreibung in die Europäische Grundrechtecharta aufzunehmen, vorstellt: Dies müsse über Zukunftskonferenz geschehen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2022-01-20-ITM-004_DE.html

Gesetz über digitale Dienste: Mehr Sicherheit im digitalen Raum

Das EP hat am 20.01.2022 im Rahmen des Berichts von MdEP Christel Schaldemose (S&D/DNK) über den Bericht zum Digital Services Act (DSA) abgestimmt und seine Position mit einer Mehrheit von 530 – 78 - 80 angenommen (s. Beitrag unter „Digitales“). Der im Plenum angenommene Text wird das Mandat des Parlaments für die Verhandlungen mit der FRA-RP im ersten Halbjahr 2022 sein.

Gesundheitsunion: Eine stärkere Rolle für die EU-Arzneimittelagentur

Das EP hat am 19.01.2022 im Rahmen des Berichts von MdEP Nicolás González Casares (S&D/ESP) die Ende Oktober 2021 mit dem Rat erzielte vorläufige Einigung über die Erweiterung der Befugnisse der Europäischen Arzneimittel-Agentur mit einer fraktionsübergreifenden Mehrheit von 655 - 31 - 8 gebilligt (s. Beitrag unter „Gesundheit und Verbraucherschutz“).

EP fordert besseren Schutz von Tieren beim Transport

Am 20.01.2022 nahm das EP im Rahmen des Berichts von MdEP Daniel Buda (EVP/ROM) und MdEP Isabel Estrada Carvalhais (S&D/PTL) den Abschlussbericht des ANIT-Untersuchungsausschusses mit einer Mehrheit von 557 - 55 - 78 an (s. Beitrag unter „Landwirtschaft“).

Zusammensetzung der Ausschüsse und Unterausschüsse

Am 20.01.2022 haben die MdEP die Anzahl der Mitglieder in den 20 Ausschüssen und 3 Unterausschüssen des Parlaments aktualisiert, und die Fraktionen haben festgelegt, wer in jedem Ausschuss sitzen wird (stv. Mitglieder stehen noch nicht fest). Nach einer Abstimmung im Plenum über den Vorschlag der Konferenz der Präsidenten des Parlaments (673 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen) wurde die Zahl der Mitglieder in den einzelnen Ausschüssen und Unterausschüssen des Parlaments für die zweite Hälfte der 9. Legislaturperiode wie folgt festgelegt:

AFET – Auswärtige Angelegenheiten:	79 (+8)
DEVE – Entwicklung:	26
INTA – Internationaler Handel:	43
BUDG – Haushalt:	41
CONT – Haushaltskontrolle:	30
ECON – Wirtschaftliche und monetäre Angelegenheiten:	61 (+1)
EMPL – Beschäftigung und soziale Angelegenheiten:	55
ENVI – Umwelt, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit:	88 (+7)
ITRE – Industrie, Forschung und Energie:	78
IMCO – Binnenmarkt und Verbraucherschutz:	45
TRAN – Verkehr und Tourismus:	49
REGI – Regionale Entwicklung:	43
AGRI – Landwirtschaft und ländliche Entwicklung:	48
PECH – Fischerei:	28
CULT – Kultur und Bildung:	31
JURI – Rechtliche Angelegenheiten:	25
LIBE – Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres:	69 (+1)
AFCO – Verfassungsrechtliche Angelegenheiten:	28
FEMM – Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter:	37 (+2)
PETI – Petitionen:	35
DROI – Menschenrechte (Unterausschuss):	30
SEDE – Sicherheit und Verteidigung (Unterausschuss):	30
FISC - Steuerangelegenheiten (Unterausschuss):	30

Wahl der Ausschussvorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden

In den ersten Sitzungen der Ausschüsse und Unterausschüsse im Januar wurden die Ausschussvorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden gewählt:

AFET

1. MdEP David McAllister (EVP/DEU)
2. MdEP Witold Jan Waszczykowski (ECR/POL)

3. MdEP Urmas Paet (RN/EST)
4. MdEP Sergei Stanishev (S&D/BUL)

DEVE

1. MdEP Tomas Tobé (EVP/SWE)
2. MdEP Pierrette Herzberger-Fofana (GRÜNE/DEU)
3. MdEP Pierfrancesco Majorino (S&D/ITL)
4. MdEP Chrysoula Zacharopoulou (RN/FRA)

INTA

1. MdEP Bernd Lange (S&D/DEU)
2. MdEP Jan Zahradil (ECR/CZR)
3. MdEP Iuliu Winkler (EVP/ROM)
4. MdEP Anna-Michelle Asimakopoulou (EVP/GRI)

BUDG

1. MdEP Johan Van Overtveldt (ECR/BEL)
2. MdEP Janusz Lewandowski (EVP/POL)
3. MdEP Olivier Chastel (RN/BEL)
4. MdEP Margarida Marques (S&D/PTL)

CONT

1. MdEP Monika Hohlmeier (EVP/DEU)
2. MdEP Isabel García Muñoz (S&D/ESP)
3. MdEP Caterina Chinnici (S&D/ITL)
4. MdEP Gilles Boyer (RN/FRA)

ECON

1. MdEP Irene Tinagli (S&D/ITL)
2. MdEP Luděk Niedermayer (EVP/CZR)
3. MdEP Stéphanie Yon-Courtin (RN/FRA)
4. MdEP Michiel Hoogeveen (ECR/NDL)

EMPL

1. MdEP Dragoș Pîslaru (RN/ROM)
2. MdEP Elisabetta Gualmini (S&D/ITL)
3. MdEP Leila Chaibi (GUE/FRA)
4. MdEP Romana Tomc (EVP/SLO)

ENVI

1. MdEP Pascal Canfin (RN/FRA)
2. MdEP Bas Eickhout (GRÜNE/NDL)
3. MdEP César Luena (S&D/ESP)
4. MdEP Dan-Ștefan Motreanu (EVP/ROM)

ITRE

1. MdEP Cristian-Silviu Bușoi (EVP/ROM)
2. MdEP Zdzisław Krasnodębski (ECR/POL)
3. MdEP Morten Petersen (RN/DNK)
4. MdEP Patrizia Toia (S&D/ITL)

IMCO

1. MdEP Anna Cavazzini (GRÜNE/DEU)

2. MdEP Andrus Ansip (RN/EST)
3. MdEP Maria Grapini (S&D/ROM)
4. MdEP Krzysztof Hetman (EVP/POL)

TRAN

1. MdEP Karima Delli (GRÜNE/FRA)
2. MdEP István Ujhelyi (S&D/HUN)
3. MdEP Jens Gieseke (EVP/DEU)
4. MdEP Andris Ameriks (S&D/LET)

REGI

1. MdEP Younous Omarjee (GUE/FRA)
2. MdEP Krzysztof Hetman (EVP/POL)
3. MdEP Vlad-Marius Botoș (RN/ROM)
4. MdEP Nora Mebarek (S&D/FRA)

AGRI

1. MdEP Norbert Lins (EVP/DEU)
2. MdEP Benoît Biteau (GRÜNE/FRA)
3. MdEP Daniel Buda (EVP/ROM)
4. MdEP Mazaly Aguilar (ECR/ESP)

PECH

1. MdEP Pierre Karleskind (RN/FRA)
2. MdEP Peter van Dalen (EVP/NDL)
3. MdEP Søren Gade (RN/DNK)
4. MdEP Giuseppe Ferrandino (S&D/ITL)

CULT

1. MdEP Sabine Verheyen (EVP/DEU)
2. MdEP Romeo Franz (GRÜNE/DEU)
3. MdEP Dace Melbārde (ECR/LET)
4. MdEP Victor Negrescu (S&D/ROM)

JURI

1. MdEP Adrián Vázquez Lázara (RN/ESP)
2. MdEP Sergey Lagodinsky (GRÜNE/DEU)
3. MdEP Marion Walsmann (EVP/DEU)
4. MdEP Lara Wolters (S&D/NDL)

LIBE

1. MdEP Juan Fernando López Aguilar (S&D/ESP)
2. MdEP Maite Pagazaurtundúa (RN/ESP)
3. MdEP Pietro Bartolo (S&D/ITL)
4. MdEP Andrzej Halicki (EVP/POL)

AFCO

1. MdEP Antonio Tajani (EVP/ITL)
2. MdEP Gabriele Bischoff (S&D/DEU)
3. MdEP Charles Goerens (RN/LUX)
4. MdEP Giuliano Pisapia (S&D/ITL)

FEMM

1. MdEP Robert Biedroń (S&D/POL)
2. MdEP Eugenia Rodríguez Palop (GUE/ESP)
3. MdEP Sylwia Spurek (GRÜNE/POL)
4. MdEP Elissavet Vozemberg-Vrionidi (EVP/GRI)

PETI

1. MdEP Dolors Montserrat (EVP/ESP)
2. MdEP Tatjana Ždanoka (GRÜNE/LET)
3. MdEP Yana Toom (RN/EST)
4. MdEP Ryszard Czarnecki (ECR/POL)

DROI

1. MdEP Maria Arena (S&D/BEL)
2. MdEP Bernard Guetta (RN/FRA)
3. MdEP Hannah Neumann (GRÜNE/DEU)
4. MdEP Christian Sagartz (EVP/AUT)

SEDE

1. MdEP Nathalie Loiseau (RN/FRA)
2. MdEP Nikos Androulakis (S&D/GRI)
3. MdEP Rasa Juknevičienė (EVP/LIT)
4. MdEP Özlem Demirel (GUE/DEU)

AIDA*

1. MdEP Dragoș Tudorache (RN/ROM)
2. MdEP Miapetra Kumpula-Natri (S&D/FIN)
3. MdEP Geoffroy Didier (EVP/FRA)
4. MdEP Karlo Ressler (EVP/KRO)

INGE*

1. MdEP Raphaël Glucksmann (S&D/FRA)
2. MdEP Javier Zarzalejos (EVP/ESP)
3. MdEP Morten Løkkegaard (RN/DNK)
4. MdEP Dace Melbārde (ECR/LET)

FISC

1. MdEP Paul Tang (S&D/NDL)
2. MdEP Markus Ferber (EVP/DEU)
3. MdEP Martin Hlaváček (RN/CZR)
4. MdEP Kira Marie Peter-Hansen (GRÜNE/DNK)

*Im Fall von AIDA und INGE gab es keine Neuwahlen, da das Mandat im März 2022 ausläuft.

Sonderplenarsitzung des Europäischen Parlaments am 27.01.2022 in Brüssel

EP gedenkt des Internationalen Holocaust-Gedenktags

77 Jahre nach der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz gedachten die MdEP am 27.01.2022 der Opfer des Holocausts. Die Holocaust-Überlebende Margot Friedländer sowie die Präsidenten Roberta Metsola (EVP/MTA), Charles Michel und Ursula von der Leyen sprachen in einer Sonderplenarsitzung am Internationalen Holocaust-Gedenktag zu den MdEP. Eingangs der Zeremonie betonte EP-Präsidentin

Roberta Metsola, wie wichtig es sei, aufgrund der Lehren der Vergangenheit in der Gegenwart seine Stimme gegen Holocaust-Leugner, gegen Verschwörungsmythen, gegen Desinformation und gegen jede Art von Gewalt zu erheben. Man werde das Vermächtnis der Opfer des Holocaust ehren, indem man niemals vergesse und niemals selbstgefällig werde. In ihrer Rede erzählte die 100-jährige Holocaust-Überlebende Margot Friedländer, wie ihre Mutter und ihr Bruder in Auschwitz ermordet wurden und wie sie selbst gefangen genommen und in das Konzentrationslager Theresienstadt deportiert wurde, wo sie unbeschreibliches Leid erlebte, aber überlebte. Frau Friedländer berichtete, dass sie im Alter von 88 Jahren von New York zurück nach Berlin gezogen sei, um in DEU als Zeitzeugin Schülerinnen und Schülern über die Schrecken des Holocausts zu berichten und für Menschlichkeit einzutreten. Frau Friedländer schloss ihre Rede mit dem Appell, wachsam zu sein und nicht wegzuschauen. Hass, Rassismus, Antisemitismus dürfen nicht das letzte Wort in der Geschichte sein. Der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel, betonte, dass der Holocaust eine europäische Tragödie sei und dass unvorstellbare Verbrechen auf europäischem Boden verübt worden seien. "Wir alle haben eine besondere Verantwortung und eine besondere Pflicht. Und wir alle sind die Hüter dieser Erinnerung", sagte er und betonte, dass Europa die Heimat der Juden sei und dass die Verteidigung der europäischen Demokratie die Bekämpfung des Antisemitismus bedeute. In ihrer Antwort auf Frau Friedländers Rede sagte die Präsidentin der Kommission, Ursula von der Leyen: "Die Union, die wir aufbauen wollen, ist ein Ort, an dem jeder der sein kann, der er sein möchte. Ein Ort, an dem eine Jüdin wie Simone Veil, eine Überlebende des Holocaust, zur Präsidentin dieses stolzen Europäischen Parlaments aufsteigen kann, ein Ort, an dem jeder die gleichen Rechte hat und mit der gleichen Würde behandelt wird."

<https://www.europarl.europa.eu/plenary/de/debate-details.html?date=20220127&detailBy=date>

Ausschuss der Regionen

AdR; 148. AdR-Plenarsitzung

Am 26./27.01.2022 fand als rein virtuelle Sitzung das 148. AdR-Plenum statt. Es wurden folgende Stellungnahmen und Entschlüsse verabschiedet: „Eine langfristige Vision für die ländlichen Gebiete der EU“, „ein strategischer Rahmen der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2021-2027“, „lokale und regionale Gebietskörperschaften als treibende Kraft für die Umsetzung der EU-Initiative für Bestäuber“, „auf dem Weg zu einem emissionsfreien Straßenverkehr: Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe und Verschärfung von CO2-Emissionsnormen“, „Entschließung zu der Konferenz zur Zukunft Europas“, „Geschlechtergleichstellung und Klimawandel: systematische Berücksichtigung der Geschlechterperspektive im europäischen Grünen Deal“, „EU-Aktionsplan Schadstofffreiheit von Luft, Wasser und Boden“. Darüber hinaus fanden mit folgenden Persönlichkeiten Aussprachen statt: Dubravka Šuica, Vizepräsidentin der Kommission, Janusz Wojciechowski, Kommissar für Landwirtschaft, Elisa Ferreira, Kommissarin für Kohäsion und Reformen, Lilyana Pavlova, Vizepräsidentin der EIB, Adina Vălean, Kommissarin für Verkehr sowie MdEP Manfred Weber (EVP/DEU), Vorsitzender der Arbeitsgruppe Europäische Demokratie in der Konferenz zur Zukunft Europas.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2182077&meetingSessionId=2227825>

Kommission; EU-Budget von 1,5 Mrd. EUR für weltweite humanitäre Hilfe 2022

Die Kommission teilte am 17.01.2022 mit, für 2022 ein jährliches Budget für humanitäre Hilfe in Höhe von 1,5 Mrd. EUR zur Verfügung zu stellen. Dabei werden 469 Mio. EUR für afrikanische Länder südlich der Sahara bereitgestellt. 351 Mio. EUR werden für die Deckung des Bedarfs im Nahen Osten und in Nordafrika bereitgestellt, 152 Mio. EUR werden für die Finanzierung von humanitären Projekten in Südosteuropa und der Europäischen Nachbarschaft verwendet und 188 Mio. EUR werden zur Unterstützung der am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen in Asien und Lateinamerika bereitgestellt. Weitere 370 Mio. EUR sollen für unvorhergesehene Krisen oder plötzliche Bedarfsspitzen in bestehenden Krisen sowie für andere Maßnahmen verwendet werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_363

Kommission; Sondierung zur Bekanntmachung über die Marktdefinition

Am 19.01.2022 veröffentlichte die Kommission eine Sondierung über Marktdefinitionen im EU-Wettbewerbsrecht. Marktdefinitionen werden im EU-Wettbewerbsrecht verwendet, um die relevanten Märkte im Wettbewerbs zwischen den Unternehmen zu ermitteln. Zweck der Sondierung ist es, anhand der Rückmeldungen zu prüfen, ob die Definition „relevanter Markt“, die die Kommission erstmals 1997 veröffentlichte, weiterhin aktuell ist. Ferner soll ein klares, kohärentes und zugängliches Konzept für die Marktabgrenzung in Kartell- und Fusionsfällen in allen Wirtschaftszweigen festgelegt werden. Die Sondierung läuft bis zum 16.02.2022.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13308-EU-Wettbewerbsrecht-Aktualisierung-der-Bekanntmachung-über-die-Marktdefinition-Überarbeitung-de>

Eurostat; Unternehmensgewinnquote sinkt im dritten Quartal auf 40,4%

Nach Angaben des statistischen Amtes der EU (Eurostat) sank die Unternehmensgewinnbeteiligung im dritten Quartal 2021 im Euroraum von 41,4% auf 40,4%. Grund für den Rückgang des Gewinnanteils der Unternehmen im Euroraum um einen Prozentpunkt sei, dass die Bruttowertschöpfung (+3,6%) geringer anstieg, als die Komponente Arbeitnehmerentgelt (Löhne und Sozialabgaben) und sonstige Produktionsabgaben abzüglich sonstiger Subventionen (+5,2%). Die Unternehmensinvestitionsquote im Euroraum sank auf 23,0%, verglichen mit 23,6% im zweiten Quartal 2021. Grund für den Rückgang von 0,6% sei der Anstieg der Bruttoanlageinvestitionen der Unternehmen um eine niedrigere Quote (+0,9%) als die der Bruttowertschöpfung der Unternehmen (+3,6%).

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/14099842/2-11012022-AP-DE.pdf/ea36b0b8-6045-458a-9564-661566ec8076?t=1641844824763#>

Eurostat; Anstieg der Hauspreise im Euroraum im dritten Quartal 2021 um 8,8%

Nach Erhebungen des statistischen Amtes der EU (Eurostat) sind die Hauspreise, gemessen durch den Hauspreisindex (HPI), im dritten Quartal 2021 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal im Euroraum um 8,8% und in der EU um 9,2% gestiegen. Dies ist die höchste jährliche Zunahme im Euroraum seit 2005, als die Hauspreisdaten erstmals erhoben wurden, und in der EU seit dem zweiten Quartal 2007. Im zweiten Quartal 2021 waren die Hauspreise um 6,8% bzw. 7,4% gestiegen. Gegenüber dem zweiten Quartal 2021 stiegen die Hauspreise im dritten Quartal 2021 im Euroraum um 3,3% und in der EU um 3,1%. In DEU stiegen die Hauspreise im dritten Quartal gegenüber dem Vorquartal um 4,2% und gegenüber dem entsprechenden Quartal des Vorjahrs um 12,0%.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/14099854/2-14012022-BP-DE.pdf/67b635af-1de0-f98b-6c29-13b9b170534a>

EuGH; Urteil zur Anwendbarkeit der Honorarverordnung für Architekten- und Ingenieurleistungen (HOAI) aus 2013

Mit Urteil vom 18.01.2022 entschied der EuGH in der Rechtssache C-261/20, dass nationale Gerichte, bei denen ein Rechtsstreit zwischen Privatpersonen anhängig ist, die unionsrechtswidrige Mindestsatz-Regelung in der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) aus dem Jahr 2013, anwenden dürfen. Grund hierfür sei, dass die entsprechenden Vorschriften in der Dienstleistungsrichtlinie – aufgrund ihres Richtliniencharakters – keine unmittelbaren Wirkungen für Privatpersonen haben. Das bedeutet konkret, dass ein klagender Architekt oder Ingenieur, abweichend von dem mit einer Privatperson abgeschlossenen Vertrag, den festgesetzten Mindestsatz verlangen kann. Zugleich stellte der EuGH auch klar, dass diejenige Partei, der die Mindestsätze weiterhin entgegengehalten werden, unter Umständen Schadensersatz vom Staat verlangen könne.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2022-01/cp220006de.pdf>

Kommission; Neues Europäisches Bauhaus: Bewerbungsbeginn 2022

Seit dem 18.01.2022 und bis zum 28.02.2022 nimmt die Kommission wieder Bewerbungen für die Preise zum neuen Europäischen Bauhaus 2022 entgegen. Ausgezeichnet werden Ideen junger Talente und bestehende Projekte für Nachhaltigkeit, Inklusivität und Ästhetik, die neue inspirierende Beispiele für die Veränderungen darstellen, die die Initiative im alltäglichen Leben und Erleben bewirken soll. Der Wettbewerb teilt sich in die Bereiche „New European Bauhaus Awards“ für kürzlich abgeschlossene Projekte und „New European Bauhaus Rising Stars“ für Bewerber unter 30 Jahren. Die Bewerbungen stehen offen für Personen aus aller Welt, solange Projekte und Ideen in der EU angesiedelt sind.

https://europa.eu/new-european-bauhaus/get-involved/2022-prizes_en

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_347

Kommission; Beschwerde bei der Welthandelsorganisation (WTO) gegen Ausfuhrbeschränkungen für Holz durch Russland

Im Rahmen eines WTO-Streitbeilegungsverfahrens hat die EU den ersten Schritt zur Streitbeilegung unternommen, indem sie am 21.01.2022 Konsultationen mit Russland beantragte. Russland hatte sowohl die Ausfuhrzölle für bestimmte Holzprodukte deutlich erhöht (von max. 15% auf 80%), als auch die Anzahl an Grenzübergangsstellen für Ausfuhren von Holzprodukten drastisch verringert. Es gibt anstelle von 30 nur noch eine Grenzübergangsstelle – in Luttja, FIN. Durch diese faktischen Ausfuhrbeschränkungen wird der Holzverarbeitenden Industrie in der EU erheblicher Schaden zugefügt und auf dem Weltmarkt für große Unsicherheit gesorgt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_410

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-legt-bei-wto-beschwerde-gegen-von-russland-verhangte-ausfuhrbeschränkungen-fur-holz-ein-2022-01-21_de

EuGH; Urteil über die Zuständigkeit der Kommission bei bilateralen Entschädigungszahlungen wegen Anwendbarkeit des Beihilfenrechts

Mit Urteil vom 25.01.2022 hat der EuGH in der Rechtssache C-638/19 P entschieden, dass das Gericht der Europäischen Union (EuG) rechtsfehlerhaft die Zuständigkeit der Kommission verneint habe, die von ROM in Vollstreckung eines Schiedsspruchs an schwedische Investoren gezahlte Entschädigung anhand des Beihilfenrechts zu prüfen. Nach dem EuG sei die Kommission hierfür nicht zuständig gewesen, da ROM zu diesem Zeitpunkt noch kein Mitgliedstaat war. Der EuGH entschied nun, dass die

Kommission für den Erlass des Beschlusses vom 30.03.2015 in zeitlicher Hinsicht zuständig gewesen sei. Das Verfahren wurde an das EuG zurückverwiesen, das nun klären soll, ob es sich bei den Entschädigungszahlungen in Höhe von 178 Mio. EUR aus dem Schiedsverfahren um unzulässige staatliche Beihilfen im unionsrechtlichen Sinne handelte.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=252641&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=139927>

EuG; Urteil über den Missbrauch einer beherrschenden Stellung auf dem Markt für x86-Prozessoren

Mit Urteil vom 26.01.2022 erklärte das Gericht der Europäischen Union (EuG) die Entscheidung, mit der die Kommission am 13.05.2009 gegen den Chiphersteller Intel eine Geldbuße in Höhe von 1,06 Mrd. EUR verhängt hatte, teilweise für nichtig. Wegen der unklaren Auswirkungen der teilweisen Nichtigkeit der Kommissionsentscheidung auf die Höhe der Geldbuße, erklärte das EuG den dies betreffenden Artikel der Entscheidung in Höhe von 1,06 Mrd. EUR in vollem Umfang für nichtig. Die Kommission hatte angenommen, Intel habe von Oktober 2002 bis Dezember 2007 seine beherrschende Stellung auf dem Weltmarkt für x86-Prozessoren missbräuchlich ausgenutzt. Der Missbrauch sei u.a. durch unzulässige Rabatte gegenüber Handelspartnern im Gegenzug für die exklusive Beziehung der Prozessoren bei Intel erfolgt. Die Kommission habe eine unvollständige Prüfung durchgeführt, die rechtlich nicht hinreichend beweise, dass die streitigen Rabatte wettbewerbswidrige Wirkungen gehabt hätten. Gegen das Urteil kann innerhalb von zwei Monaten und zehn Tagen nach Zustellung ein auf Rechtsfragen beschränktes Rechtsmittel beim EuGH eingelegt werden.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf;jsessionid=4CAA5E6A983054FCADF78A0520950C4C?text=&docid=252762&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=2544622>

Kommission; Europäische Raumfahrtkonferenz

Am 25. und 26.01.2022 fand zum 14. Mal das jährliche Treffen der wichtigsten Akteure der europäischen Raumfahrt in Brüssel unter dem Thema "Eine neue Ära für die europäische Raumfahrt: Visionen in die Tat umsetzen" statt. Die Konferenz wurde durch eine Rede des EU-Binnenmarktkommissars Thierry Breton eröffnet, aus der hervorging, dass die Themen Weltraumkonnektivität, und Raumfahrtverkehrsmanagement (Space Traffic Management – „STM“) eine dominantere Rolle in der Arbeit der Kommission einnehmen werden. Auch die verteidigungspolitische und strategische Dimension des Weltraums solle konkret und vollständig in die EU-Politik integriert werden. Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell unterstrich bei der gleichen Veranstaltung die Bedeutung des Weltraums für Sicherheit und Verteidigung.

<https://spaceconference.eu/>

Kommission; Beschwerde bei der Welthandelsorganisation (WTO) gegen ägyptische Einfuhrbeschränkungen

Die EU hat am 26.01.2022 bei der WTO Konsultationen zur Streitbeilegung mit Ägypten über dessen seit 2016 bestehende Regelung zur obligatorischen Registrierung von Importeuren beantragt. Da sich durch diese Regelung Beschränkungen für den Import von über 29 Warenkategorien ergeben (von landwirtschaftlichen Erzeugnissen bis zu Haushaltsgeräten), ist die EU der Ansicht, Ägypten verstoße gegen die Regeln der WTO. Von der Registrierungspflicht betroffene Importe nach Ägypten nahmen mittlerweile um 40% ab.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_578

Kommission; Einleitung eines Verfahrens bei der Welthandelsorganisation (WTO) wegen Handelsbeschränkungen gegen LIT

Am 27.01.2022 hat die EU bei der WTO ein Verfahren gegen China wegen seiner diskriminierenden Handelspraktiken gegenüber LIT eingeleitet, die sich auch auf andere Exporte aus dem EU-Binnenmarkt auswirken. China schränkt seit Dezember 2021 Importe aus und Exporte nach LIT, bzw. mit Bezug zu LIT ein oder blockiert sie de facto. Weder die EU noch die LIT-Behörden wurden hierüber informiert. Gesprächsversuche der Kommission mit China waren bislang nicht erfolgreich. Im Rahmen der nun eingeleiteten ersten Phase des WTO-Streitbeilegungsverfahrens fragte die EU von China förmlich weitere Informationen über diese Maßnahmen an.

https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2022/january/tradoc_160022.pdf

Kommission; Entwurf einer delegierten Verordnung zu Geldbußen für Verstöße gegen die EU-Typgenehmigungsvorschriften für Kraftfahrzeuge

Die Kommission stellte am 27.01.2022 den Entwurf einer delegierten Verordnung über Methoden zur Berechnung und Erhebung von Geldbußen für Verstöße gegen die EU-Typgenehmigungsvorschriften für Kraftfahrzeuge zur Konsultation. Darin sind die detaillierten Anforderungen festgelegt, die bei der Festlegung der Höhe der Geldbußen zu berücksichtigen sind. Der Entwurf soll die Verordnung über die Genehmigung und die Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge ergänzen. Rückmeldungen sind bis zum 24.02.2022 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13369-Methods-for-calculation-and-collection-of-fines-for-breaching-EU-Type-Approval-rules-on-motor-vehicles_de

V e r k e h r

EuGH; Urteil zur Rücknahme der kostenlosen Zuteilung von Luftverkehrsemissionszertifikaten

Mit Urteil vom 20.01.2022 entschied der EuGH in der Rechtssache C-165/20, dass die Rücknahme der Zuteilung von Treibhausemissionszertifikaten für die Jahre 2018 bis 2020 zulasten von AirBerlin infolge der Insolvenz des Unternehmens im Oktober 2017 durch die Deutsche Emissionshandelsstelle rechtmäßig war. Der Insolvenzverwalter von AirBerlin hatte einen entsprechenden Bescheid vor dem Berliner Verwaltungsgericht angefochten. Letzteres hatte sich im Wege eines Vorabentscheidungsverfahrens an den EuGH gewandt, insbesondere zur Auslegung der Richtlinie über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten. Der EuGH entschied nun, dass wenn ein Luftfahrzeugbetreiber während der fraglichen Handelsperiode für Treibhausgasemissionszertifikate seine Luftverkehrstätigkeit einstelle, die Anzahl der ihm kostenlos zugeteilten Treibhausgasemissionszertifikate im Verhältnis zu dem Teil dieser Handelsperiode, in dem diese Tätigkeit nicht mehr ausgeführt wird, herabzusetzen sei.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:62020CJ0165&from=de>

EuGH; Urteil zu staatlichen Beihilfen für den Flughafen Frankfurt-Hahn

In der Rechtsmittelsache C-594/19 P bestätigte der EuGH mit Urteil vom 20.01.2022 den Beschluss des Gerichts der Europäischen Union (EuG) vom 17.05.2019 (T-764/15) und wies damit das Rechtsmittel der Deutsche Lufthansa AG zurück. Das Unternehmen hatte erfolglos beim EuG dagegen geklagt, dass die Kommission 2014 die staatlichen Beihilfen des Landes Rheinland-Pfalz an den Flughafen in den Jahren

2009 bis 2011 gebilligt hatte. Die Hauptkritik der Deutsche Lufthansa AG bestand darin, dass die Beihilfen letztlich an das Unternehmen Ryanair, das den Flughafen regelmäßig ansteuere, durchgeleitet worden seien. Hierdurch sei eine unzulässige Wettbewerbsverzerrung zulasten der Deutsche Lufthansa AG eingetreten. Der EuGH entschied nun, dass selbst wenn eine entsprechende Durchleitung der Beihilfen an Ryanair erfolgt sei, die Deutsche Lufthansa AG jedenfalls nicht dargetan habe, hierdurch eine bedeutende Umsatzeinbuße, bzw. nicht unerhebliche finanzielle Verluste oder eine signifikante Verringerung ihrer Marktanteile auf dem betreffenden Markt erlitten zu haben.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:62019CJ0594&from=de>

Kommission; Konsultation für mehr Umweltschutz und Digitalisierung bei Auto, Schiff und Schiene

Am 24.01.2022 startete die Kommission eine Konsultation zum grünen und digitalen Übergang des Mobilitätsökosystems in den Bereichen Automobil, Wasser- und Schienenverkehr. Die Kommissionsdienststellen haben dafür ein Arbeitspapier erstellt, welches mögliche Szenarien für einen Übergang zu einem widerstandsfähigen, innovativen, nachhaltigen und digitalen Mobilitätsökosystem skizziert. Mit diesem Dokument soll ein Prozess der gemeinsamen Erarbeitung konkreter Maßnahmen, Meilensteine und Verpflichtungen mit allen Akteuren des Mobilitätsökosystems eingeleitet werden. Die Konsultation endet am 31.03.2022.

<https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/MobilityTransitionPathway>

Energie

EuRH; Beitrag der EU zur Energieeffizienz in Unternehmen ist unklar

Am 17.01.2022 veröffentlichte der EuRH einen Sonderbericht, in dem die Prüfer feststellten, dass die EU-Finanzierung für Energieeffizienz unzureichend am Bedarf der Unternehmen ausgerichtet ist. Es sei unklar, ob die EU-Finanzierung wirklich einen Mehrwert erbringe. Viele Projekte wären auch ohne EU-Unterstützung durchgeführt worden. Selbst ohne öffentliche Unterstützung seien Investitionen in Energieeffizienz im Allgemeinen wirtschaftlich, so die Prüfer. Ferner sei der Gesamtbeitrag der EU-Finanzierung, d.h. eine Leistungsbewertung auf EU-Ebene, nur schwer zu bestimmen, denn die nationalen Behörden verfügten zwar über Indikatoren, doch diese würden sich von Mitgliedstaat (MS) zu MS unterscheiden. Nach Schätzungen der Prüfer werden die potenziellen Einsparungen, die durch die kofinanzierten Projekte in Unternehmen erzielt werden, etwa 0,3% der Bemühungen ausmachen, die erforderlich sind, um die Energieeffizienzziele der EU für 2030 zu erreichen. Ungefähr zwei Drittel der Mittel für Energieeffizienz in Unternehmen entfielen auf gerade einmal fünf MS (CZR, POL, DEU, ITL, BUL).

https://www.eca.europa.eu/lists/ecadocuments/insr22_02/insr_energy-efficiency-enterpr_de.pdf

Kommission; Öffentliche Konsultation im Bereich erneuerbarer Energien

Am 18.01.2022 startete die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Förderung von Projekten zur Erzeugung erneuerbarer Energien (insbesondere zu Genehmigungsverfahren und Strombezugsverträgen). Im Vordergrund stehen dabei die Haupthindernisse bei der Durchführung entsprechender Projekte, d.h. die Dauer der Genehmigungsverfahren, die Komplexität der Vorschriften und Verfahren für die Standortauswahl und die behördlichen Genehmigungen, Probleme beim Netzanschluss und die Personalausstattung von Genehmigungsbehörden. Dargelegt

werden bewährte Verfahren zur Beseitigung der festgestellten Hindernisse sowie bewährte Verfahren zur Erleichterung des Abschlusses von Strombezugsverträgen auch über Grenzen hinweg. Die öffentliche Konsultation endet am 12.04.2022.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13334-Projekte-im-Bereich-erneuerbare-Energien-Genehmigungsverfahren-und-Strombezugsvertrage_de

Kommission; Öffentliche Konsultation zur EU-Strategie für Solarenergie

Am 18.01.2022 startete die Kommission eine öffentliche Konsultation zur EU-Strategie für Solarenergie. Durch diese Strategie soll sichergestellt werden, dass das Potential der Solarenergie zwecks Verwirklichung der Klima- und Energieziele des „EU-Green-Deal“ voll ausgeschöpft wird. Durch ein sog. integriertes Energiesystem sollen Hindernisse für die Nutzung von Solarenergie ermittelt werden, Maßnahmen zur Beschleunigung ihrer Einführung vorgeschlagen werden und die Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz von Solarenergiesystemen in der EU gestärkt werden. Die öffentliche Konsultation endet am 12.04.2022.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13338-EU-solar-energy-strategy_de

Kommission; Erörterung der Gasversorgungssicherheit mit den Mitgliedstaaten

Am 19.01.2022 berief Energiekommissarin Kadri Simson eine Ad-hoc-Sitzung der EU-Gas-Koordinierungsgruppe ein, um die Versorgungssicherheit und die Lagerbestände in der EU, aber auch die Versorgungssicherheit in der Ukraine zu erörtern. Daran nahmen Experten der Mitgliedstaaten (MS), des Verbands Europäischer Fernleitungsnetzbetreiber für Gas (ENTSO-G) und andere Organisationen des Gassektors teil. Die Kommissarin informierte über die laufende Arbeit der Kommission zur Beobachtung des Gasmarktes und zur Bewertung möglicher Szenarien sowie über ihre Kontakte zu internationalen Partnern und Lieferanten. Sie appellierte an die MS, die Situation auf nationaler, regionaler und europäischer Ebene weiterhin genau zu beobachten und ihre Notfallpläne zu aktualisieren.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX_22_425

Rat; Informelle Ratstagung Energie aus Anlass des Anstiegs der Energiepreise

Am 22.01.2022 fand ein informelles Treffen des Energieministerrats in Amiens (FRA) statt. Thema war in erster Linie der starke Anstieg der Energiepreise, v.a. seit September 2021. Letzterer hat sowohl auf die europäischen Bürgerinnen und Bürger als auch auf die Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten (MS) einen starken Einfluss. Die Energieminister tauschten sich mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für Energie, Forschung und Industrie des EP MdEP Cristian Busoi (EVP/ROM), der Kommissarin für Energie Kadri Simson und dem Direktor der Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) Christian Zinglens aus. <https://presidence-francaise.consilium.europa.eu/de/aktuelles/pressemitteilung-ergebnisse-der-diskussionen-zwischen-den-europaischen-energieministern/>

Digital

EP; Abstimmung über den Digital Services Act

Das EP-Plenum hat am 20.01.2022 über den Vorschlag für einen Digital Services Act (DSA) abgestimmt. Der Bericht von MdEP Christel Schaldemose (S&D/DNK) wurde mit breiter Mehrheit (530:78:80) angenommen. Der DSA erhöht die Verantwortlichkeit von Anbietern digitaler Dienste und verschärft Vorgaben zum Umgang mit illegalen Inhalten. Er zählt neben dem Digital Markets Act (DMA) zu den zentralen Vorhaben

der Kommission zur Regulierung großer Plattformen. Das EP hat den Kommissionsvorschlag in mehreren Aspekten verändert. So sieht die EP-Position einen Anspruch auf Schadensersatz für Nutzerinnen und Nutzer digitaler Dienstleistungen für Schäden, die durch die Nichteinhaltung der Sorgfaltspflicht durch die Plattformen entstehen, vor. Täuschungs- oder Nudging-Techniken, die das Verhalten der Nutzerinnen und Nutzer durch „dark patterns“ beeinflussen, sollen verboten werden. Bei dem umstrittenen Thema der zielgerichteten Werbung hat das Plenum die Vorgaben gegenüber dem Bericht des federführenden Ausschusses noch verschärft. Der Ausschuss hatte entschieden, dass Nutzerinnen und Nutzer besser informiert werden müssen, wie ihre Daten verwertet werden. Ein Verbot zielgerichteter Werbung war nur für Minderjährige vorgesehen. Das Plenum hat weitergehende Änderungsanträge angenommen. Danach dürfen Daten, aus denen die rassische und ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen oder die sexuelle Orientierung hervorgehen, nicht für zielgerichtete Werbung genutzt werden. Außerdem fordert das EP, dass sehr große Onlineplattformen mindestens ein Empfehlungssystem anbieten müssen, das nicht auf Profiling basiert. Auch sollen Anbieter digitaler Dienste die anonyme Nutzung und Bezahlung ermöglichen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0014_DE.html

Kommission; Sektoruntersuchung zum Internet der Dinge für Verbraucher

Die Kommission hat am 20.01.2022 ihren endgültigen Bericht über die im Juli 2020 eingeleitete Sektoruntersuchung zum Internet der Dinge (IoT) für Verbraucher veröffentlicht. Der Bericht zeigt potenzielle Wettbewerbsprobleme auf den rasch wachsenden Märkten für Produkte und Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Internet der Dinge in der EU auf. Die für Wettbewerbspolitik zuständige Exekutiv-Vizepräsidentin der Kommission, Margrethe Vestager, erklärte, es handele sich um einen Markt mit hohen Zutrittsschranken und einigen wenigen vertikal integrierten Anbietern. Probleme bestünden im Zusammenhang mit dem Datenzugang, der Interoperabilität und Ausschließlichkeitspraktiken. Die Schwierigkeit, mit vertikal integrierten Unternehmen zu konkurrieren, die ihre eigenen Ökosysteme innerhalb und außerhalb des Internets der Dinge für Verbraucher aufgebaut haben (z.B. Google, Amazon oder Apple), stelle eine Marktzutrittsschranke dar. Da diese Akteure die gängigsten Betriebssysteme für intelligente und mobile Geräte sowie die führenden Sprachassistenten bereitstellen, bestimmen sie, wie intelligente Geräte und Dienste in ein IoT-System für Verbraucher eingebunden werden können, so die Kommission. Der Abschlussbericht dient der Kommission als Entscheidungsgrundlage für weitere mögliche (gesetzgeberische) Maßnahmen.

https://ec.europa.eu/competition-policy/system/files/2022-01/internet-of-things_final_report_2022_de.pdf

Kommission; Vorschlag für eine Erklärung digitaler Rechte und Grundsätze

Die Kommission hat am 26.01.2022 eine „Europäische Erklärung zu den digitalen Rechten und Grundsätzen für die digitale Dekade“ vorgeschlagen. Die in der Erklärung formulierten digitalen Rechte und Grundsätze sollen bereits bestehende Rechte, wie die in der EU-Grundrechtecharta verankerten, sowie die europäischen Rechtsvorschriften zum Datenschutz und zum Schutz der Privatsphäre ergänzen. Sie sollen einen Referenzrahmen für die Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf ihre digitalen Rechte sowie eine Orientierungshilfe für die Mitgliedstaaten und für Unternehmen im Umgang mit neuen Technologien bieten. Die Kommission schlägt sechs Grundsätze vor: Den Menschen und seine Rechte in den Mittelpunkt des digitalen Wandels stellen, Unterstützung von Solidarität und Inklusion, Sicherstellung der Wahlfreiheit, Förderung der Beteiligung am digitalen öffentlichen Raum, Sicherheit,

Schutz und Befähigung sowie Nachhaltigkeit. Sie will die Umsetzung der Prinzipien in ihrem jährlichen Monitoring im Rahmen des Politikprogramms zur Digitalen Dekade 2030 überprüfen. EP und Rat werden den Vorschlag nun diskutieren. Die Erklärung soll als interinstitutionelle Erklärung von den drei Institutionen EP, Kommission und Rat verabschiedet werden.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/declaration-european-digital-rights-and-principles>

Forschung

Kommission; Hochschulstrategie; Mitteilung und Ratsempfehlung

Am 18.01.2022 hat die Kommission eine Mitteilung zur neuen europäischen Hochschulstrategie und eine Initiative zu einer Ratsempfehlung in diesem Bereich verabschiedet. Ziel der Kommission ist es, für die Hochschulen in der EU Anreize für eine vertiefte grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu ermöglichen. In beiden vorgelegten Dokumenten würdigt die Kommission die wichtige Rolle der Hochschulen in der EU für Staatswesen, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Kommission erläutert, dass sie die europäische Dimension von Forschung und Hochschulbildung stärken und die Hochschulen als relevante Akteure hinsichtlich des Europäischen Grünen Deals und der Digitalisierungsagenda aufwerten möchte. Die Vorschläge sehen ein eigenes Statut für Europäische Hochschulnetzwerke und insbesondere auch die Möglichkeit eines neuen Abschlusses für Hochschulen („European Degree“) vor. Die Hochschulnetzwerke werden unter dem Programm Erasmus+ von der EU gefördert. Die Kommission sieht vor, deren Anzahl bis Mitte 2024 unter Beteiligung von mehr als 500 Hochschulen auf 60 Netzwerke zu steigern. Hierfür ist ein Budget von 1,1 Mrd. EUR vorgesehen. Ferner plant die Kommission die Ausweitung der Initiative „Europäischer Studierendenausweis“. Zudem möchte die Kommission die Rolle von Hochschulen als Orte der Innovation stärken, etwa mit dem Europäischen Institut für Innovation und Technologie (EIT).

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_365

Kommission; Ratsempfehlung zum Lernen für ökologische Nachhaltigkeit

Die Kommission hat am 14.01.2022 einen Vorschlag für eine Ratsempfehlung zum Thema Lernen für ökologische Nachhaltigkeit veröffentlicht. Ziel des Vorschlags ist es, die Mitgliedstaaten, Schulen, Hochschulen, Nichtregierungsorganisationen und Bildungsanbieter dabei zu unterstützen, Wissen und Kompetenzen auf dem Gebiet der Nachhaltigkeit, des Klimawandels und des Umweltschutzes zu vermitteln. Im ebenfalls veröffentlichten neuen europäischen Kompetenzrahmen für Nachhaltigkeit, den die Gemeinsame Forschungsstelle der Kommission (JRC) entwickelt hat, wird aufgezeigt, welche Kompetenzen für den ökologischen Wandel benötigt werden, darunter kritisches Denken, Initiativegeist, Achtung der Natur und ein Verständnis für die Auswirkungen, die alltägliche Handlungen und Entscheidungen auf die Umwelt und das Klima haben. Ökologische Nachhaltigkeit soll verstärkt in Programme, Lehrpläne und Module der einzelnen Fachgebiete aufgenommen werden. Vorgebracht werden sollen ganzheitlich institutionelle Nachhaltigkeitskonzepte, Lehre und Lernen, Verständnis, Planung und Steuerung, aktive Teilnahme von Lernenden und Personal, Gebäude- und Ressourcenmanagement, Partnerschaften mit örtlichen Gemeinschaften umfassen. Hochschulen sollen ferner dabei unterstützt werden, an Umweltzertifizierungsprogrammen teilzunehmen.

<https://education.ec.europa.eu/sites/default/files/2022-01/vorschlag-empfehlung-rates-lernen-%C3%B6kologische-nachhaltigkeit.pdf>

Kommission; Ausschreibung für Preis „Horizon Impact Award“

Die Kommission hat am 20.01.2022 zum dritten Mal den sog. Horizon Impact Award ausgeschrieben. Dieser Preis wird an EU-finanzierte Projekte aus dem Forschungsprogramm vergeben, deren Ergebnisse eine hohe gesellschaftliche Wirkung bzw. Mehrwert in der EU und darüber hinaus aufweisen. Der Preis soll den breiteren sozioökonomischen Nutzen der EU-Investitionen in Forschung und Innovation verdeutlichen und EU-Geförderte zur Nutzbarmachung ihrer Projektergebnisse anregen. Der Horizon Impact Award 2022 ist mit einem Preisgeld von jeweils 25.000 EUR versehen und soll insgesamt an sechs Preisträgerinnen bzw. Preisträger vergeben werden. Am Wettbewerb können allerdings nur Antragstellende teilnehmen, die im Rahmen des siebten Forschungsrahmenprogramms oder von Horizon 2020 gefördert wurden, deren Projektlaufzeit vor der Frist des Preiswettbewerbs endet und deren Wirkung nachweisbar ist. Bewerbungen für den Horizon Impact Award sind bis zum 08.03.2022 möglich.

https://ec.europa.eu/info/news/horizon-impact-award-2022-contest-open-apply-8-march-2022-2022-jan-06_en

Rat; Informelles Ministertreffen zu Forschung und Innovation

Am 24./25.01.2022 kamen auf Einladung der FRA-RP die Ministerinnen und Minister für Hochschulen, Forschung und Innovation in Paris zu einem Austausch zum Europäischen Hochschul- und Forschungsraum zusammen. Die FRA-RP legt in ihrem Arbeitsprogramm einen Fokus auf das Thema Hochschulkooperation und Hochschulbildung. Entsprechend stand die von der Kommission am 18.01.2022 vorgelegte Strategie zur Vertiefung des europäischen Hochschulraums prominent auf der Agenda des Treffens. In einem ersten Austausch mit Professorinnen und Professoren des Collège de France betonten die Ministerinnen und Minister, dass sich im Bereich der Hochschulbildung Veränderungen vollziehen müssen, um den aktuellen und künftigen Herausforderungen, insbesondere dem grünen und digitalen Wandel, besser begegnen zu können. Die Ministerinnen und Minister sprachen sich zudem dafür aus, mit Blick auf die internationale Hochschulkooperation eine ausgewogene und auf Gegenseitigkeit beruhende sowie auf gemeinsame Grundsätze und Werte gestützte Zusammenarbeit mit Drittländern fördern zu wollen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/eycs/2022/01/24-25/>

Finanzdienstleistungen

EZB; Stresstest für das Klimarisiko gestartet

Am 27.01.2022 startete die Europäische Zentralbank (EZB) einen Stresstest für Klimarisiken, um zu bewerten, wie gut Banken auf finanzielle und wirtschaftliche Schocks aufgrund von Klimarisiken vorbereitet sind. Direkte Auswirkungen auf die Kapitalausstattungen der Banken soll der Stresstest nicht haben. Vielmehr soll der Test Schwachstellen, Herausforderungen und bewährte Praktiken aufzeigen, denen sich Banken beim Management klimabezogener Risiken gegenübersehen, um so den Banken und Aufsichtsbehörden als eine Art Lernübung zu dienen. Zu diesem Zweck besteht der Stresstest aus insgesamt drei verschiedenen Modulen: Erstens ein Fragebogen zu den Klimastresstest-Fähigkeiten der Banken, zweitens eine Peer-Benchmark-Analyse, um die Nachhaltigkeit der Geschäftsmodelle der Banken und ihr Engagement in emissionsintensiven Unternehmen zu bewerten, drittens ein Bottom-up-Stresstest. Um die Verhältnismäßigkeit des Verfahrens zu gewährleisten, werden kleinere Banken nicht aufgefordert, eigene Stresstest-Projektionen vorzulegen. Geplant ist eine Durchführung des Tests in der ersten Jahreshälfte 2022. Anschließend will die EZB die Gesamtergebnisse veröffentlichen.

<https://www.bankingsupervision.europa.eu/press/pr/date/2022/html/ssm.pr220127~bd20df4d3a.en.html>

Kommission; Konsultation zur Überprüfung der MiFID II-Eignungsrichtlinien

Am 27.01.2022 kündigte die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) an, eine Konsultation zu bestimmten Aspekten der Eignungsanforderungen im Rahmen der Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (MiFID II) durchführen zu wollen. Die Beurteilung der Eignung ist eine der wichtigsten Schutzmaßnahmen für Anleger im Rahmen von MiFID II und gilt für alle Arten von Anlageberatung und Portfolioverwaltung. Die nun angekündigte Konsultation soll dazu beitragen, die Leitlinien der ESMA nach den Änderungen von MiFID II bezüglich der Nachhaltigkeit zu aktualisieren und gegebenenfalls zu erweitern. Derzeit befinden sich zum Thema Nachhaltigkeit im Wesentlichen drei Leitlinien in der delegierten Verordnung MiFID II: Erstens das Einholen von Kundeninformationen über Nachhaltigkeitspräferenzen durch die Firmen, zweitens die Bewertung der Nachhaltigkeitspräferenzen eines Kunden und das anschließende Angebot von Produkten, welche die Nachhaltigkeitspräferenzen des Kunden erfüllen sowie drittens verschiedene organisatorische Anforderungen, wie die angemessene Schulung der Firmenmitarbeiter zu Nachhaltigkeitsthemen und die Aufzeichnung der Nachhaltigkeitspräferenzen des Kunden sowie etwaige Aktualisierungen dieser Präferenzen. Die angekündigte Konsultation soll nach drei Monaten am 27.04.2022 enden.

<https://www.esma.europa.eu/press-news/esma-news/esma-consults-review-mifid-ii-suitability-guidelines>

F i n a n z e n

Rat; Tagung der EUR-Gruppe und des Rates für Wirtschaft und Finanzen

Am 17.01.2022 berieten sich die Finanzministerinnen und -minister der Eurozone im Rahmen der EUR-Gruppe unter Vorsitz des Präsidenten der EUR-Gruppe Paschal Donohoe. Auf der Tagesordnung der Sitzung standen insbesondere die ökonomische Anpassung und Widerstandsfähigkeit der Eurozone im internationalen Vergleich, Herausforderungen und strukturelle Veränderungen im Zuge der COVID-19-Krise im Unternehmenssektor sowie der Stabilitäts- und Wachstumspakt. Im erweiterten Format der EUR-Gruppe (alle 27 Mitgliedstaaten) ging es vorwiegend um den aktuellen Stand der Bankenunion. Am 18.01.2022 trafen sich dann die 27 Ministerinnen und Minister im Format des Rates der EU für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN). Dabei ging es u. a. um eine erste politische Debatte über den Richtlinienvorschlag der Kommission zur Einführung einer globalen Mindeststeuer von 15% für multinationale Unternehmen in der EU. Des Weiteren stellte FRA die Schwerpunktsetzung seiner bis Ende Juni dauernden RP vor. Ferner wurde der aktuelle Stand der Umsetzung des Wiederaufbaufonds thematisiert sowie die finanzpolitischen Prioritäten des deutschen G7-Vorsitzes angesprochen.

https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/ecofin/2022/01/18/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Economic+and+Financial+Affairs+Council

Eurostat; Jährliche Inflationsrate im Euroraum auf 5,0% gestiegen

Am 20.01.2022 veröffentlichte das statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) die jährlichen Inflationsraten. Im Dezember 2021 lag die jährliche Inflationsrate im Euroraum bei 5,0% gegenüber 4,9% im November. Ein Jahr zuvor hatte sie -0,3% betragen. Die jährliche Inflationsrate in der EU lag im Dezember bei 5,3% gegenüber 5,2% im November. Ein Jahr zuvor hatte sie 0,3% betragen. Die niedrigsten jährlichen

Raten wurden in MTA (2,6%), PTL (2,8%) und FIN (3,2%) gemessen, die höchsten in EST (12,0%), LIT (10,7%) und POL (8,0%). Im Dezember kam der höchste Beitrag zur jährlichen Inflation im Euroraum von Energie (+2,46 Prozentpunkte), gefolgt von Dienstleistungen (+1,02 Prozentpunkte), Industriegütern ohne Energie (+0,78 Prozentpunkte) sowie Lebensmitteln, Alkohol und Tabak (+0,71 Prozentpunkte). Die Inflationsrate in DEU betrug im Dezember 5,7%.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/14176359/2-20012022-AP-DE.pdf/f19df546-1ec7-a5c7-d355-8c8973745136>

Kommission; Öffentliche Konsultation zur Mehrwertsteuer in der digitalen Wirtschaft

Am 21.01.2022 kündigte die Kommission im Rahmen eines geplanten Legislativpakets, das der Anpassung der Mehrwertsteuervorschriften in der zunehmend digitalisierten Wirtschaft dienen soll, eine öffentliche Konsultation an. Ziel der Konsultation ist es, zu ermitteln, wie gut die derzeitigen Mehrwertsteuervorschriften an das digitale Zeitalter angepasst sind und wie digitale Technologien sowohl zur Unterstützung der Mitgliedstaaten (MS) bei der Bekämpfung des MwSt-Betrugs als auch zum Nutzen der Unternehmen eingesetzt werden können. Dazu sollen Unternehmen, Wissenschaftler, MS und andere Interessenträger ihre Meinungen bis zum 15.04.2022 online einreichen. Das derzeitige MwSt-System wird u.a. aufgrund der Komplexität und der Betrugsanfälligkeit vielfach als unzureichend ausgestattet angesehen, um der neuen digitalen Realität gerecht zu werden. Gleichzeitig eröffnen der Aufschwung der digitalen Wirtschaft und die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle neue Herausforderungen sowie neue Chancen. Hierauf will die Kommission mit ihrem Legislativpaket reagieren. Erwartet werden noch in diesem Jahr Vorschläge der Kommission zu digitalen Meldepflichten, neuen Vorschriften für die Plattformwirtschaft und einer einheitlichen Registrierung für Unternehmen in der EU.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/mehrwertsteuer-der-digitalen-wirtschaft-kommission-startet-konsultation-2022-01-21_de

EuGH; Spanische Steuerregelung verstößt gegen Unionsrecht

Der EuGH verkündete mit seinem Urteil vom 27.01.2022 in der Rechtssache C-788/19 Kommission / ESP, dass die nationale Regelung ESPs, nach der die spanischen Steueransässigen dazu verpflichtet sind, ihre Vermögensgegenstände oder Rechte im Ausland zu erklären, gegen das Unionsrecht verstößt, da hierdurch unverhältnismäßige Beschränkungen des freien Kapitalverkehrs auferlegt würden. Am 15.02.2017 hatte die Kommission eine Stellungnahme abgegeben, in der sie die Unvereinbarkeit bestimmter Aspekte der Pflicht spanischer Steueransässiger, die im Ausland befindlichen Vermögensgegenstände und Rechte mittels eines Steuererklärungsformulars („Formblatt 720“) zu erklären, mit dem Unionsrecht feststellte. Nach den betreffenden spanischen Rechtsvorschriften müssen in ESP ansässige Personen, die ihre Vermögensgegenstände und Rechte im Ausland nicht ordnungsgemäß erklären, mit der Nacherhebung der geschuldeten Steuer auf die Beträge rechnen, die dem Wert dieser Vermögensgegenstände oder Rechte entsprechen, auch wenn diese in einem bereits verjährten Zeitraum erworben wurden, sowie mit der Verhängung einer proportionalen Strafe und bestimmter pauschaler Geldbußen. Der EuGH bestätigte mit seinem Urteil die Auffassung der Kommission, wonach die mit der Nichtbeachtung dieser Verpflichtung verbundenen Folgen außer Verhältnis zu dem mit den spanischen Rechtsvorschriften verfolgten Ziel stehen, die Wirksamkeit der steuerlichen Überwachung zu gewährleisten und Steuerhinterziehung und -umgehung zu bekämpfen.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2022-01/cp220018de.pdf>

EuGH; Unterschiedliche Indexierung von Sozialleistungen nach Mitgliedstaat laut Generalanwalt rechtswidrig

Am 20.01.2022 legte der Generalanwalt Jean Richard de la Tour die Schlussanträge in der Rechtssache C-328/20 Kommission gegen AUT hinsichtlich der Frage Indexierung von Familienleistungen vor. AUT gleicht diese je nach Aufenthaltsort der Kinder an. Nach Auffassung des Generalanwalts ist diese Indexierung von Familienbeihilfe und steuerlicher Vergünstigungen nicht mit dem Unionsrecht vereinbar. Arbeitnehmer, die Staatsangehörige eines anderen MS sind, müssten in AUT unabhängig vom Aufenthaltsort ihrer Kinder die gleichen Beihilfen und steuerlichen Vergünstigungen wie österreichische Arbeitnehmer erhalten. Schließlich trügen diese in gleicher Weise zur Finanzierung des österreichischen Sozial- und Steuersystems bei wie einheimische Arbeitnehmer.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2022-01/cp220011de.pdf>

EuGH; Rechte von Zeitarbeitern gestärkt

Am 13.01.2022 urteilte der EuGH in der Rechtssache C-514/20 auf Vorabentscheidungsersuchen des Bundesarbeitsgerichts, dass die Regelungen in Tarifverträgen, nach denen der Jahresurlaub bei der Berechnung von Zuschlägen von Mehrarbeit ausgeschlossen wird, dem EU-Recht entgegenstehen. Der EuGH sieht darin eine Regelung, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer davon abhalten könnte, den ihnen zustehenden Jahresurlaub zu nehmen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=252133&pageIndex=0&do-clang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=7066250>

EuGH; Kirchlicher Befähigungsnachweis kein Befristungsgrund

Am 13.01.2022 urteilte der EuGH, dass das Erfordernis eines von einer kirchlichen Stelle ausgestellten Befähigungsnachweises bei befristeten Verträgen nicht deren Verlängerung rechtfertigt. Damit folgte der EuGH den Schlussanträgen von Generalanwalt Evgeni Tanchev. Geklagt hatten Lehrkräfte für katholische Religion in IRL. Laut EuGH ist die innerstaatliche italienische Praxis nicht mit den europarechtlichen Vorgaben zur Prävention von Missbrauch bei befristeten Arbeitsverträgen vereinbar.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2022-01/cp220001de.pdf>

Rat; Jugendkonferenz im EU-Jahr der Jugend

Vom 24.-26.01.2022 wurde im Rahmen der FRA-RP der 9. Zyklus des EU-Jugenddialogs eröffnet. Schwerpunkt der Konferenz waren die konkrete Umsetzung der Europäischen Jugendziele (insbesondere der Ziele „Ein nachhaltiges grünes Europa“ und „Inklusive Gesellschaften“).

<https://presidence-francaise.consilium.europa.eu/de/veranstaltungen/europaische-jugendkonferenz/>

Gesundheit und Verbraucherschutz

Rat; Mandat zur Erweiterung der EU-Arzneimittelbehörde angenommen

Der Rat hat am 25.01.2022 die Mandatserweiterung der EU-Arzneimittelbehörde (EMA) angenommen. Mit der Stärkung der Kompetenzen der EU-Agentur wird angestrebt, das Risiko von Engpässen bei kritischen Arzneimitteln und Medizinprodukten zu mindern, die wissenschaftliche Beratung auszubauen und die Koordination, insbesondere von klinischen Studien auf EU-Ebene, durchzuführen.

Zudem wird die bis dato operativ tätige Lenkungsgruppe für Engpässe bei Arzneimitteln und Medizinprodukten und die Notfall-Taskforce auch formal eingerichtet. Bei der Mandatserweiterung der EMA handelt es sich um einen zentralen Baustein des am 11.11.2020 von Seiten der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmenpaketes zur Vollendung der Gesundheitsunion. Die Verordnung tritt am 01.03.2022 in Kraft.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_543

Kommission; Chemikalien mit endokriner Wirkung auf neuer Schadstoff-Beobachtungsliste

Am 19.01.2022 entschied die Kommission, dass das Trinkwasser in der EU und in ihrer gesamten Wasserversorgungskette strenger auf das potenzielle Vorhandensein von zwei endokrin wirkenden Verbindungen (Beta-Östradiol und Nonylphenol) überwacht werden müsse. Endokrin-wirksame Verbindungen sind eine gemischte Gruppe von Chemikalien, die physiologische und biochemische Prozesse im menschlichen Körper stören könnten. Die Kommission habe eine erste Beobachterliste neu aufgetretener Verbindungen, welche der Überwachung und ggf. der Kontrolle unterliegen, erstellt. Ziel der Aktualisierung sei die Verhinderung von bekannten Schadstoffen und die Etablierung von Werkzeugen, um auf aufkommende Bedenken einzugehen. Die Mitgliedstaaten stehen in der Verantwortung bis zum 12.01.2023 Überwachungsanforderungen in der gesamten Trinkwasserversorgungskette einzuführen und Maßnahmen zu ergreifen, sobald Richtwerte überschritten werden. Geplant sei, die Liste durch solche Substanzen zu ergänzen, welche zukünftig als potenziell gefährdend eingestuft werden und daher ein Gesundheitsrisiko darstellen würden.

https://ec.europa.eu/environment/publications/implementing-decision-drinking-water-directive-watch-list_en

Kommission; Kommission verbietet Titandioxid in Lebensmitteln

Am 14.01.2022 hat die Kommission ein Verbot der Verwendung von Titandioxid (E171) als Lebensmittelzusatzstoff erlassen. In Kraft treten wird das geplante Verbot nach einer Übergangszeit von sechs Monaten. Vorausgegangen war eine Erklärung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit, die auf die Gefahr von Titandioxid aufmerksam machte und zu dem Schluss kam, dass die Verwendung der Substanz als nicht „sicher“ für die Verwendung in Lebensmitteln eingestuft werde. Beim Verzehr von Lebensmitteln mit der Substanz bestehe das Risiko einer Genotoxizität und damit die Fähigkeit der Chemikalie, die menschliche DNS zu schädigen. Häufig findet die Substanz Verwendung in Suppen, Saucen und Salatdressings. Der Einsatz von Titandioxid erfülle den Zweck, Lebensmitteln ihre weiße Farbe zu verleihen. Die Mitgliedstaaten hatten den Kommissionsvorschlag, der ihnen im Herbst letzten Jahres vorgelegt wurde, einstimmig gebilligt. Weiterhin erlaubt bleibt die Verwendung von Titandioxid in Farben oder Sonnenschutzmitteln.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/titandioxid-lebensmitteln-ab-sommer-2022-verboden-2022-01-14_de

Kommission; Konsultation zu den Ökodesign-Vorschriften für Klimaanlage, Wärmepumpen und Ventilatoren

Am 21.01.2022 eröffnete die Kommission eine Konsultation zur Überprüfung der Ökodesignvorschriften für Luft-Luft-Raumklimageräten, Luft-Luft-Wärmepumpen und Komfortventilatoren. Die geltenden Verordnungen hätten nachweislich eine Verringerung des Energieverbrauchs von Luftkonditionierern herbeigeführt. Erwartete werde jedoch, dass die Nutzung von Luftkonditionierern in den nächsten drei Jahrzehnten drastisch zunehmen und zu einem der relevantesten Treiber der

weltweiten Nachfrage an Strom werde. Die Initiative zielt darauf ab, die Anforderungen an Luft-Luft-Raumklimageräte, Luft-Luft-Wärmepumpen und Komfortventilatoren zu überprüfen, um sicherzustellen, dass die Vorschriften den technischen Fortschritt widerspiegeln. Rückmeldungen sind bis zum 18.02.2022 möglich.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13358-Energieeffizienz-Okodesign-Vorschriften-fur-Luft-Luft-Raumklimagerate-Luft-Luft-Warmepumpen-und-Komfortventilatoren-Überprüfung- de>

Kommission; Konsultation zu Ökodesign-Anforderungen an Einzelraumheizgeräte

Am 21.01.2022 stellte die Kommission die Ökodesign-Anforderungen an Einzelraumheizgeräte zur Konsultation. Ziel der Initiative ist es zu überprüfen, ob die Anforderungen dem technischen Fortschritt und den Zielen der Kreislaufwirtschaft entsprechen. Ergänzt werden die Mindestanforderungen durch die Verordnung zur Energieverbrauchskennzeichnung. Das Energie-Label enthalte klare und verständliche Angaben zur Energieeffizienz sowie anderen Aspekten von Produkten, darunter deren Emissionen. Beide Verordnungen ermöglichen den Verbraucherinnen und Verbrauchern, erhebliche Energieeinsparungen zu erzielen. Rückmeldungen sind bis zum 18.02.2022 möglich.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12834-Energieeffizienz-Okodesign-Anforderungen-an-Einzelraumheizgerate-Überarbeitung- de>

Kommission; Konsultation bezüglich der Ökodesign-Anforderungen an Wasserpumpen

Am 21.01.2022 eröffnete die Kommission eine Konsultation bezüglich der Ökodesign-Anforderungen an Wasserpumpen. Ziel der Initiative ist es, die Verordnung (EU) Nr. 547/2012 zu überarbeiten, nachdem eine Überprüfung ergeben habe, dass die Anforderungen an Wasserpumpen an den technischen Fortschritt angepasst und optimiert werden müssen. Überprüft werden demzufolge neue oder verbesserte Ökodesign-Anforderungen an die Mindestenergieeffizienz, die Ressourceneffizienz und die Produktinformationen für verschiedene Arten von Wasserpumpen. Rückmeldungen sind bis zum 18.02.2022 möglich.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12831-Okodesign-Anforderungen-an-Wasserpumpen-Überarbeitung- de>

U m w e l t

Kommission; Konsultation zu biobasierten, biologisch abbaubaren und kompostierbaren Kunststoffen

Am 18.01.2022 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zu biobasierten, biologisch abbaubaren und kompostierbaren Kunststoffen eröffnet. Die Konsultation zielt darauf ab, Erkenntnisse für die Ausarbeitung eines neuen politischen Rahmens für diese Kunststoffgruppen zu liefern. Wie bereits im Kreislaufwirtschaftsaktionsplan der Kommission angekündigt, sollen aufkommende Nachhaltigkeits-herausforderungen im Zusammenhang mit der Verwendung von biobasierten, biologisch abbaubaren und kompostierbaren Kunststoffen angegangen, Innovationen vorangetrieben und die Investitionssicherheit im Binnenmarkt und der Umweltschutz verbessert werden. Die Kommission sieht vor, den neuen politischen Rahmen bis zum Sommer 2022 vorzulegen. Rückmeldungen sind bis zum 15.03.2022 möglich.

<https://ec.europa.eu/environment/news/public-consultation-biobased-biodegradable-and-compostable-plastics-2022-01-18 de>

Kommission; Konsultation zur Überarbeitung der REACH-Verordnung

Am 20.01.2022 begann die Kommission eine Konsultation zur Überarbeitung der Verordnung zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH). Das Ziel der Konsultation ist, die Chemikaliengesetzgebung in Einklang mit dem Null-Schadstoff-Ziel des Grünen Deals zu bringen. In diesem Zusammenhang wurden in der Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit Maßnahmen zum besseren Schutz von Mensch und Umwelt vor gefährlichen Chemikalien und zur Förderung von Innovationen zur Entwicklung nachhaltiger und sicherer Alternativen angekündigt. Die Erreichung der Ziele setzt laut Kommission eine Überarbeitung der REACH-Verordnung voraus. Rückmeldungen sind bis zum 15.04.2022 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12959-Chemikalienrecht-Überarbeitung-der-REACH-Verordnung-als-Beitrag-zur-Schaffung-einer-schadstofffreien-Umwelt_de

Kommission, Konsultation zur Überarbeitung des EU-Abfallrahmens

Am 25.01.2022 eröffnete die Kommission eine Konsultation zur Überwachung des Abfallrahmens der EU. Die Abfallrahmenrichtlinie garantiere den Schutz der Umwelt und öffentlichen Gesundheit mittels einer ordnungsgemäßen Abfallbewirtschaftung durch die Anwendung der EU-Abfallhierarchie. Diese fördere die Abfallvermeidung und Wiederverwendung gegenüber der Verwertung und Beseitigung von Abfällen. Ziel der Initiative ist es, die Abfallbewirtschaftung bspw. durch eine Verringerung des Abfallaufkommens (z.B. durch Wiederverwendung von Produkten oder Komponenten) zu verbessern. Zugleich sei die Verringerung gemischter Abfälle und die verstärkte Vorbereitung zur Wiederverwendung oder zum Recycling von Abfällen durch Verbesserung der getrennten Sammlung vorgesehen. Rückmeldungen sind bis zum 22.02.2022 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13225-Umweltauswirkungen-der-Abfallbewirtschaftung-Überarbeitung-der-EU-Abfallrahmenrichtlinie_de

EuGH; Urteil zu Ausgleichszahlungen im Rahmen von Natura 2000

Am 27.01.2022 verkündete der EuGH sein Urteil in den verbundenen Rechtssachen C-234/20 und C-238/20 (Sătiși-S). Laut dem Urteil kann der Schutz der Umwelt eine Beschränkung der Ausübung des Eigentumsrechts rechtfertigen, bei welcher nicht zwangsläufig ein Entschädigungsanspruch entstehe. Vorausgegangen war das Ersuchen des obersten Gerichts Augstākā tiesa (LET) zur Klärung der Berechtigung für Ausgleichszahlungen und Entschädigungen bei eingeschränkter Nutzung von land- und forstwirtschaftlichen Gebieten des Natura-2000-Gemeinschaftsnetzes. Das Gericht urteilte, dass die Mitgliedstaaten nicht in der Pflicht stehen, die Eigentümerinnen und Eigentümer von Gebieten, die unter dem Schutz von Natura-2000-Gebieten stehen, für entstandene Schäden durch das auferlegte Verbot der Anpflanzung von Moosbeeren sowie durch Schäden, verursacht durch wildlebende Tiere, zu entschädigen.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2022-01/cp220017de.pdf>

L a n d w i r t s c h a f t

Rat; Tagung des Rates für Landwirtschaft und Fischerei

Am 17.01.2022 fand die Tagung des Rates für Landwirtschaft und Fischerei statt. Unter der neuen FRA-RP widmeten sich die Ministerinnen und Minister während der Sitzung u.a. handelsbezogenen Agrarfragen. Der Gedankenaustausch befasste sich mit der

EU-Exportleistung im Agrar- und Lebensmittelsektor, den Handelsbeziehungen mit GBR und mit den derzeitigen Entwicklungen bei den WTO-Agrarverhandlungen im Vorfeld der zwölften WTO-Ministerkonferenz. Gleichermäßen fand ein reger Austausch zur Mitteilung der Kommission über nachhaltige Kohlenstoffkreisläufe statt. Sie soll den Weg für künftige Maßnahmen ebnen, mittels welchen Maßnahmen der Landwirtinnen und Landwirte zur Entfernung von Kohlenstoff aus der Atmosphäre und Bindung im Boden finanziell unterstützt werden sollen. Neben den thematisierten Inhalten wurden zugleich die Prioritäten der FRA-RP in den Bereichen Landwirtschaft und Fischerei, darunter die Gegenseitigkeit der Handelsnormen, die Verordnung für entwaldungsfreie Produkte oder auch die Überarbeitung der EU-Rechtsvorschriften über geografische Angaben, vorgestellt.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/agrifish/2022/01/17/>

Kommission; Aktualisierung der Agenda für die internationale Meerespolitik

Am 18.01.2022 begann die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Aktualisierung der Agenda für die internationale Meerespolitik. Ziel der Aktualisierung der Maßnahmen sei es, ihre Wirkung sowie interne und externe Sicherheit zu erhöhen. Die Ozeane befänden sich derzeit in einem Notzustand und seien mit aktuellen Herausforderungen wie der nicht-nachhaltigen Nutzung, der Verschmutzung und dem Verlust an biologischer Vielfalt konfrontiert. Im Zuge dessen bedürfe es einer wirksamen und integrierten Meerespolitik, die auf starken Partnerschaften, der internationalen Zusammenarbeit und dem multilateralen Dialog aufbaue. Rückmeldungen sind bis zum 15.02.2022 möglich

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13219-Festlegung-des-Kurses-fur-einen-nachhaltigen-blauen-Planeten-Aktualisierung-der-Agenda-fur-die-internationale-Meerespolitik_de

EP; Empfehlung zum Tierschutz bei Transporten

Am 20.01.2022 nahmen die MdEP mit 557 Stimmen bei 55 Gegenstimmen und 78 Enthaltungen Empfehlungen bzgl. des Tierschutzes während des Transportes an. Die Empfehlungen ergaben sich aus der Arbeit des Untersuchungsausschusses zum gleichen Thema (ANIT), der seine Arbeit Ende 2021 abschloss. Das EP fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten dazu auf, ihre Bemühungen zur Einhaltung des Tierschutzes beim Transport zu verstärken, die EU-Vorschriften zu aktualisieren und einen Kommissar oder eine Kommissarin für die Zuständigkeit des Bereichs Tiertransport zu ernennen. Der Untersuchungsausschuss kam zu dem Schluss, dass die EU-Bestimmungen in diesem Bereich innerhalb der EU nicht immer eingehalten werden und den Bedürfnissen der Tiere nicht vollständig Rechnung tragen würden. Empfohlen werde daher eine Begrenzung der Beförderungsdauer und die Gewährleistung und Kontrolle eines angemessenen Komforts während des Tiertransportes, was gleichermaßen für den Transport in Drittländer gelten soll. Die MdEP sprachen sich für einen Übergang zu einem effizienteren und ethischeren System aus, welches den Transport von genetischem Zuchtmaterial und Schlachtkörpern sowie Fleisch anstelle von lebenden Tieren bevorzuge.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20220114IPR21025/tiere-mussen-beim-transport-besser-geschutzt-werden>

Kommission; Konsultation zur Öffnung des EU-Marktes für in Bolivien erzeugtes Saatgut

Am 27.01.2022 eröffnete die Kommission eine Konsultation zur geplanten Einfuhr von Saatgut für Getreide sowie für Öl- und Faserpflanzen aus Bolivien. Gemäß der geltenden EU-Vorschriften sei die Einfuhr des bolivianischen Saatguts zuvor nicht zulässig gewesen, da das bolivianische Saatgutertifizierungssystem von der EU als

nicht gleichwertig oder äquivalent bewertet wurde. Ziel der Initiative ist daher die Anerkennung des Saatgutertifizierungssystems für Saatgut für Sorghum, Mais und Sonnenblumen. Aufgrund des Antrags von Bolivien habe die Kommission das Saatgutertifizierungssystem analysiert und sei zu der Entscheidung gekommen, dass dieses die gleichen Garantien biete wie das europäische System. Die EU könne aufgrund der Feststellung der Gleichwertigkeit nachfolgend den EU-Markt für diese Arten von Saatgut aus Bolivien öffnen. Rückmeldungen sind bis zum 24.03.2022 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13126-Aquivalenz-von-Saatgutertifizierungssystemen-Offnung-des-EU-Marktes-fur-in-Bolivien-erzeugtes-Saatgut_de

Justiz

EuGH; Urteil in der Rechtssache C-899/19 P – ROM v. Kommission

Am 20.01.2022 gab der EuGH sein Urteil in der Rechtssache C-899/19 P (ROM v. Kommission) bekannt. Hierbei ging es um die Registrierung der EU-Bürgerinitiative (EBI) „Minority Safe Pack“, gegen die ROM klagte, da sie die Kompetenzen der Kommission überschreite. In seinem Urteil entschied der EuGH aber, dass das Europäische Gericht (EuG) keinen Rechtsfehler begangen habe, als es entschied, dass die Achtung der Rechte von Minderheiten und die Stärkung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt Werte und Ziele der EU darstellen und damit auch im Rahmen der Kompetenzen der Kommission lägen. Der EuGH weist ferner darauf hin, dass das EuG entgegen dem Vorbringen ROMs weder die Werte noch die Ziele oder die Befugnisse der Kommission soweit ausgedehnt habe, dass man nun davon ausgehen müsse, dass die Kommission Rechtsakte außerhalb ihres Kompetenzbereichs erlassen müsste, um den Forderungen der EBI Rechnung zu tragen. Das EuG habe – ohne Rechtsfehler begangen zu haben – korrekt darauf hingewiesen, dass Handlungen der Kommission – sofern diese auf einer Rechtsgrundlage beruhen – sehr wohl auch darauf abzielen können, die Achtung der Werte und Rechte der Union zu stärken. Dazu zählten auch Minderheiten sowie die kulturelle und sprachliche Vielfalt. <https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=252444&pageIndex=0&doclang=FR&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=610175>

EuGH; Urteil – Kosten für die Entsorgung von Photovoltaikmodulen

Am 25.01.2022 hat der EuGH in der Rechtssache C-181/20 (Vysočina Wind) die Richtlinie über Elektro- und Elektronik-Altgeräte teilweise für ungültig erklärt, soweit diese Richtlinie die Hersteller von Photovoltaikmodulen verpflichtet, die Kosten für die Bewirtschaftung von Abfällen aus diesen Modulen zu finanzieren, wenn diese zu einem Zeitpunkt vor dem Inkrafttreten der Richtlinie in Verkehr gebracht wurden. Im Übrigen stehe diese Richtlinie einer nationalen Regelung entgegen, die die Finanzierung dieser Kosten den Nutzern von nach ihrem Inkrafttreten in Verkehr gebrachten Photovoltaikmodulen auferlegt.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-181/20>

EuGH; Urteil – Sanktionen bei Nichtbeachtung eines Vertragsverletzungsurteils

Am 20.01.2022 hat der EuGH in der Rechtssache C-51/20 (Kommission / GRI (Rückforderung staatlicher Beihilfen - Ferronickel)) GRI verurteilt, einen Pauschalbetrag von 5,5 Mio. EUR und ein Zwangsgeld von mehr als 4 Mio. EUR pro Halbjahr des Verzugs zu zahlen, da dieser Mitgliedstaat die einem Unternehmen gewährten staatlichen Beihilfen nicht zurückgefordert hat. Der EuGH hatte bereits mit einem Urteil aus dem Jahr 2017 eine Vertragsverletzung festgestellt.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-51/20>

EuGH; Schlussanträge - Wirkung der Urteile eines Verfassungsgerichts

Am 20.01.2022 hat Generalanwalt Collins seine Schlussanträge in der Rechtssache C-430/21 (RS) vorgelegt. Der Generalanwalt vertritt die Auffassung, dass das Unionsrecht einer nationalen Bestimmung oder Praxis eines Mitgliedstaats (MS) entgegensteht, wonach die nationalen Gerichte nicht befugt sind, die Vereinbarkeit einer Bestimmung des nationalen Rechts, die durch eine Entscheidung des Verfassungsgerichts des MS für verfassungsgemäß erklärt wurde, mit den Bestimmungen des Unionsrechts zu prüfen. Das Unionsrecht schließe auch aus, dass gegen einen Richter wegen einer solchen Prüfung Disziplinarverfahren eingeleitet oder Disziplinarstrafen verhängt würden.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-430/21>

EuGH; Schlussanträge - Haftungsbefreiung für Luftfahrtunternehmen

Am 20.01.2022 hat Generalanwalt Emiliou seine Schlussanträge in der Rechtssache C-589/2 (JR gegen Austrian Airlines AG) vorgelegt. Der Generalanwalt vertritt die Auffassung, dass das Übereinkommen von Montreal dahin auszulegen ist, dass der Begriff „Unfall“, der eine Schadensersatzpflicht des Luftfrachtführers auslösen kann, einen Fall erfasst, in dem ein Fluggast beim Aussteigen auf der Bordtreppe stürzt, sofern der Sturz durch einen unerwarteten oder ungewöhnlichen Faktor ausgelöst wurde, der außerhalb der Sphäre des Fluggasts liegt. Der Grad der Haftungsbefreiung des Luftfrachtführers hänge davon ab, inwieweit die Verletzung durch den fraglichen „Unfall“ und durch die Fahrlässigkeit des gestürzten Passagiers verursacht worden sei. Die vollständige Haftungsbefreiung sei auf Fälle grober Fahrlässigkeit seitens des Passagiers beschränkt.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=252464&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=1628011>

EuGH; Urteil – Folgen der Aufhebung bzw. Reduzierung einer Geldbuße

Am 19.01.2022 hat der EuGH in der Rechtssache T-610/19 (Deutsche Telekom / Kommission) der Deutschen Telekom eine Entschädigung in Höhe von ca. 1,8 Mio. EUR zugesprochen, um den Schaden auszugleichen, der ihr durch die Weigerung der Kommission entstanden ist, ihr Verzugszinsen auf den Betrag der Geldbuße zu zahlen, den sie im Zusammenhang mit einer Zuwiderhandlung gegen die Wettbewerbsregeln rechtsgrundlos gezahlt hatte.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=T-610/19>

I n n e r e s

EuGH; Widerruf einer Einbürgerungszusicherung aufgrund von Verwaltungsübertretungen nicht verhältnismäßig

In seinem Urteil in der Rechtssache C-118/20 hat der EuGH am 18.01.2022 entschieden, dass es für den Widerruf einer Einbürgerungszusicherung den unionsrechtlichen Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu berücksichtigen gilt. Gegenstand des Vorabentscheidungsverfahrens war der Fall eines Widerrufs aufgrund von Verwaltungsübertretungen durch die Wiener Landesregierung (AUT) gegenüber einer Frau aus EST, die wegen der Zusicherung und als Voraussetzung für die AUT-Staatsbürgerschaft ihre estnische Staatsbürgerschaft aufgegeben hatte. Insbesondere stellte der EuGH in den Entscheidungsgründen klar, dass, wenn im Rahmen eines in einem Mitgliedstaat (MS) eingeleiteten Einbürgerungsverfahrens dieser MS von einem Unionsbürger die Aufgabe der Staatsangehörigkeit seines

Herkunftsmitgliedstaats verlangt, dieser zu keinem Zeitpunkt Gefahr laufen darf, seinen grundlegenden Status als Unionsbürger und die Rechte, die einem solchen Bürger nach Art. 20 AEUV zustehen, deshalb zu verlieren, weil das Einbürgerungsverfahren betrieben wird.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=5AC9D2BE8BD252959E4100B37F10419F?text=&docid=252341&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=2105633>

Kommission; EUAA löst EASO ab

Die neue Asylagentur der EU (European Union Agency for Asylum – EUAA) hat am 19.01.2022 ihre Arbeit aufgenommen. Sie tritt damit die Nachfolge des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (EASO) an, auf dessen Ergebnissen sie aufbauen soll. Die neue Agentur basiert auf dem neuen Migrations- und Asylpaket (vgl. BaB 18/2020). Sie soll durch ihre Tätigkeit dazu beitragen, dass Asylentscheidungen rasch und in fairer Weise getroffen und die Aufnahme standards EU-weit angeglichen werden. Insgesamt sollen auf diese Weise eine einheitlichere Entscheidungsfindung und stärker aufeinander abgestimmte Asylsysteme der Mitgliedstaaten gewährleistet werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_414

EuGH; Kein Verlust der Rechtsstellung als langfristig Aufenthaltsberechtigter bei nur kurzer Anwesenheit

In seinem Urteil in der Rechtssache C-432/20 hat der EuGH am 20.01.2022 entschieden, dass ein Drittstaatsangehöriger seine Rechtsstellung als „langfristig Aufenthaltsberechtigter“ auch dann nicht verliert, wenn er sich während eines Zeitraums von zwölf aufeinander folgenden Monaten nur wenige Tage in der EU aufhält. Sei die Rechtsstellung einmal erlangt, müsse der gewöhnliche Aufenthalt oder der Mittelpunkt der Lebensinteressen nicht im EU-Gebiet liegen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=252448&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=2106818>

EuRH; Sonderbericht zu Sicherheitsproblemen bei 5G-Einführung

In einem am 24.01.2022 veröffentlichten Sonderbericht fordert der Europäische Rechnungshof (EuRH) neue Impulse, um die Einführung von 5G, dem neuen globalen Mobilfunkstandard, in der EU voranzutreiben. Der Aufbau der 5G-Netze in den Mitgliedstaaten (MS) komme nur sehr zögerlich voran, weshalb die EU Gefahr laufe, ihre Ziele für 5G-Zugang und -Versorgung zu verfehlen. Gleichzeitig bedarf es nach Ansicht der Prüfer weiterer Anstrengungen, damit in Fragen der Sicherheit im Zusammenhang mit der 5G-Einführung ein konsequentes und abgestimmtes Vorgehen gewährleistet ist. Der Auf- und Ausbau der 5G-Netze sei eng mit Sicherheitsfragen verknüpft. Anbieter mit Sitz in der EU seien zur Einhaltung der in der EU geltenden Standards und rechtlichen Anforderungen verpflichtet. Sechs der acht größten Anbieter wie etwa Huawei (China) und Samsung (Südkorea) seien jedoch nicht in der EU ansässig. Die Rechtsvorschriften in Drittländern könnten stark von EU-Standards abweichen, z. B. im Hinblick auf den Schutz personenbezogener Daten. Die Prüfer zeigen sich besorgt, dass EU-Nutzer ausländischen Rechtsvorschriften unterliegen könnten, wenn sich Kontrollzentren für 5G-Netze außerhalb der EU befinden. Als die 5G-Sicherheit zu einem wichtigen Thema auf EU-Ebene geworden sei, habe die Kommission zwar zügig reagiert und im Januar 2020 das EU-Instrumentarium für die 5G-Cybersicherheit (vgl. BaB 02/2020) verabschiedet. Für eine Reihe von Mobilfunknetzbetreibern, die ihre Anbieter bereits ausgewählt hatten, sei dieser Schritt jedoch zu spät gekommen. Die Prüfer weisen außerdem darauf hin, dass – obwohl Sicherheitsbedrohungen bei 5G nicht an Grenzen haltmachen – die

Öffentlichkeit kaum darüber informiert werde, wie die MS mit Fragen der 5G-Sicherheit umgehen, insbesondere was sogenannte Hochrisikoanbieter betreffe. Dies erschwere ein abgestimmtes Vorgehen der MS und schränke die Kommission in ihren Möglichkeiten ein, Verbesserungen bei der Sicherheit der 5G-Netze auf den Weg zu bringen. Die Prüfer des EuRH stellten fest, dass – da die Maßnahmen des Instrumentariums für die Cybersicherheit nicht bindend seien – die MS in der Praxis unterschiedliche Strategien verfolgten, was die Verwendung der Technik bestimmter Anbieter und den Umfang der Beschränkungen für Hochrisikoanbieter angehe. Müssten die MS diese Hochrisikoanbieter ohne Übergangszeit aus ihren Netzen verbannen, seien zudem hohe Kosten zu befürchten, um passenden Ersatz zu schaffen. Bislang habe die Kommission nicht geprüft, welche Auswirkungen es hätte, würde ein MS seine 5G-Netze unter Einsatz der Technik eines Anbieters aufbauen, der in einem anderen MS als Hochrisikoanbieter eingestuft sei. Der EuGH warnt in seinem Sonderbericht davor, dass sich ein solches Szenario auf die grenzüberschreitende Sicherheit und sogar das Funktionieren des EU-Binnenmarkts auswirken könnte.

https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR22_03/SR_Security-5G-networks_DE.pdf

EuGH; Generalanwalt Pitruzzella hält Übermittlung und automatisierte Verarbeitung von Fluggastdaten für unionsrechtskonform

Generalanwalt Giovanni Pitruzzella hat am 27.01.2022 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-817/19 (Ligue des droits humains) vorgelegt. Dem Vorabentscheidungsverfahren liegt eine Nichtigkeitsklage aus dem Juli 2017 gegen das belgische Gesetz zur Umsetzung der PNR-Richtlinie und der Richtlinie über die Übermittlung von Angaben über beförderte Personen (API-Richtlinie) zugrunde. Nach Auffassung der Liga für Menschenrechte verletze dieses Gesetz das im belgischen und im EU-Recht garantierte Recht auf Achtung des Privatlebens und auf Schutz personenbezogener Daten. Die Liga für Menschenrechte vertritt die Ansicht, dass das Gesetz darüber hinaus die Personenfreizügigkeit einschränke, da es indirekt wieder Grenzkontrollen einführe, indem es das „PNR-System“ auf Flüge innerhalb der EU ausweite. Im Oktober 2019 legte der belgische Verfassungsgerichtshof dem EuGH zehn Vorabentscheidungsfragen zur Gültigkeit und Auslegung der PNR-Richtlinie und der API-Richtlinie sowie zur Auslegung der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) vor. In seinen Schlussanträgen in diesem Verfahren vertritt Generalanwalt Pitruzzella die Auffassung, dass die Übermittlung sowie allgemeine und unterschiedslose automatisierte Verarbeitung von Fluggastdatensätzen mit den Grundrechten auf Achtung des Privatlebens und auf Schutz personenbezogener Daten vereinbar ist. Hingegen sei eine allgemeine und unterschiedslose Speicherung von Fluggastdatensätzen in nicht unkenntlich gemachter Form nur zur Abwendung einer realen, aktuellen oder vorhersehbaren ernststen Bedrohung für die Sicherheit der Mitgliedstaaten gerechtfertigt. Für diesen Fall müsse die Dauer der Speicherung zudem auf das unbedingt Notwendige beschränkt sein. Die in der PNR-Richtlinie vorgesehene Übermittlung von Daten der Rubrik „Allgemeine Hinweise“ genüge zudem nicht den Anforderungen der Grundrechtecharta in Bezug auf Klarheit und Bestimmtheit.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2022-01/cp220019de.pdf>

EUAA; Zahl der Asylanträge in der EU fast auf Stand von 2016

Die neue Europäische Agentur für Asyl (EUAA) hat am 28.01.2022 eine Analyse veröffentlicht, nach der die Zahl der in der EU gestellten Asylanträge im November 2021 sich dem Niveau von 2016 annähert. So seien im November 2021 rd. 71.400 Anträge auf internationalen Schutz in der EU 27 + Norwegen und Schweiz (EU+)

gestellt worden. Dies sei ein Plus von 9% gegenüber dem Oktober 2021 und erreiche fast den Höchststand aus dem September letzten Jahres. Im September 2021 seien die meisten Asylanträge seit der sog. Flüchtlings- bzw. Migrationskrise 2016 gestellt worden. Der Großteil der Antragsteller stamme aus Syrien (11.500) und Afghanistan (rd. 13.000), aber es sei auch ein Anstieg bei Irakern (4.300), Venezolanern (3.300), Pakistanern (2.800) und Kolumbianern (2.500) zu beobachten. Gleichfalls habe es in den letzten Monaten eine ungewöhnlich hohe Zahl von Asylbewerbern (rd. 3.200) gegeben, die angegeben hätten, unbegleitete Minderjährige zu sein. Etwa die Hälfte aller unbegleiteten Minderjährigen seien Afghanen, mit einigem Abstand gefolgt von Syrern, Somaliern, Bangladeschern und Pakistanern gewesen. Insgesamt hätten unbegleitete Minderjährige im November 5% aller Antragsteller in der EU+ ausgemacht. Zu beobachten sei auch, dass die Zahl der Asylanträge die der erstinstanzlichen Entscheidungen (im November 2021 etwa 45.500) deutlich übersteige und keine Tendenz erkennbar sei, dass diese Lücke in absehbarer Zukunft geschlossen werde. Die EU+-Anerkennungsquote lag laut EUAA im November bei 40% und damit auf dem zweithöchsten Stand seit 19 Monaten und wurde nur im September 2021 (41%) übertroffen. Dabei würden Staatsangehörige aus Afghanistan (92%) und Syrien (91%) die höchsten Anerkennungsquoten aufweisen, gefolgt von Eriteern (87%) und Palästinensern (72%).

<https://euaa.europa.eu/latest-asylum-trends-asylum>

Bildung und Kultur

Kommission; Mobilität von Auszubildenden soll erleichtert werden

Anlässlich der Feierlichkeiten zum 35-jährigen Bestehen von Erasmus+ am 20.01.2022 teilte Beschäftigungskommissar Nicolas Schmit mit, dass die Mobilität von Auszubildenden bei Erasmus+ erleichtert werden soll. Mit einem erhöhten Budget von fast 3,9 Mrd. EUR für 2022 werde Erasmus+ weiterhin Möglichkeiten für Auslandsstudienaufenthalte, Praktika, Lehrlingsausbildungen, Personalaustausch und grenzüberschreitende Kooperationsprojekte in verschiedenen Bereichen der allgemeinen und beruflichen Bildung, Jugend und Sport bieten. Dies stelle einen wichtigen Beitrag zum Erreichen der Ziele des Europäischen Jahres der Jugend dar.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/35-geburtstag-von-erasmus-eu-kommission-will-mobilitat-von-auszubildenden-erleichtern-2022-01-20_de

Kommission; Musik-Auszeichnungen; Music Moves Europe Awards 2022

Am 20.01.2022 wurden im Rahmen eines Musikfestivals die Music Moves Europe Awards 2022 vergeben. Die Preise werden von der Kommission mitvergeben und zeichnen aufstrebende Künstlerinnen und Künstler aus, um sie bei ihrer internationalen Karriere zu unterstützen. Den großen Preis der Jury hat die belgische Formation Meskerem Mees gewonnen. Der Publikumspreis ging an Ladaniva (Armenien). Denise Chaila (IRL), DEVA (HUN), Mezerg (FRA), Blanks (NDL) and Alina Pash (Ukraine) erhielten den Music Moves Europe Award. Die Gewinnerinnen und Gewinner des Music Moves Europe Award erhalten jeweils 10.000 EUR und zusätzlich ein Fortbildungsangebot.

<https://mmeawards.eu/about/>

EP; INGE-Sonderausschuss nimmt Bericht zu Desinformationen an

Der EP-Sonderausschuss zu Einflussnahme aus dem Ausland auf alle demokratischen Prozesse in der EU, einschließlich Desinformation (INGE) hat am 25.01.2022 seinen Bericht verabschiedet (25:8:1). Der INGE fordert die EU auf, das öffentliche Bewusstsein für derartige Einflussnahmen durch Schulungen für Personen in sensiblen Funktionen und allgemeine Informationskampagnen zu erhöhen. Darüber hinaus wird empfohlen, die EU-Kapazitäten aufzustocken und ein Sanktionssystem gegen Desinformation aufzubauen. Der Bericht von MdEP Sandra Kalniete (EVP/LET) enthält eine Reihe weiterer konkreter Vorschläge, u.a. die Unterstützung von breit gestreuten, pluralistischen Medien und Faktenprüfern, die Einstufung digitaler Wahlinfrastrukturen als kritisch, die Bereitstellung von Finanzierungsalternativen für chinesische Direktinvestitionen, die als geopolitisches Instrument eingesetzt werden, die Klärung „höchst unangemessener“ Beziehungen zwischen bestimmten europäischen politischen Parteien und Russland und ein Verbot der ausländischen Finanzierung europäischer politischer Parteien. Ferner wird angemahnt, die Cybersicherheit „dringend“ zu verbessern und Überwachungssoftware wie Pegasus als illegal einzustufen und zu verbieten. Ausländischen Akteuren soll erschwert werden, ehemalige Spitzenpolitiker kurz nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt anzuwerben.

<https://www.europarl.europa.eu/committees/de/25-01-2022-9-00-vote-of-the-inge-report/product-details/20220121CAN64771>

Veranstaltungen

Gespräche von Staatssekretär Weinmeister mit MdEP

Am 19.01.2022 hat der Hessische Europastaatssekretär Mark Weinmeister eine Reihe von virtuellen Gesprächen mit Europaabgeordneten geführt. Mit dem Vorsitzenden des Handelsausschusses des EP MdEP Bernd Lange (S&D/DEU) erörterte er aktuelle Fragen der EU-Handelspolitik, insbesondere die Beziehungen der EU zu den USA und China. Im Mittelpunkt des Gesprächs mit MdEP Christian Doleschal (EVP/DEU) standen Themen wie das Kommissionspaket „Fit for 55“, Umwelt- und Energiebeihilfen und die EU-Raumfahrtspolitik. Staatssekretär Weinmeister warb für den hessischen Raumfahrtstandort Darmstadt. Die Umsetzung der gemeinsamen Agrarpolitik war Gegenstand des Gesprächs mit dem Vorsitzenden des EP-Agrarausschusses MdEP Norbert Lins (EVP/DEU). Fragen zur aktuellen EU-Digitalpolitik insbesondere die Trilogverhandlungen zum Digital-Market-Act (DMA) und zum Digital-Services-Act (DSA) erörterte Staatssekretär Weinmeister mit MdEP Andreas Schwab (EVP/DEU).

Veranstaltung „Die Auswirkungen von Basel III auf die Immobilienfinanzierung“

Am 25.01.2022 fand eine digitale Veranstaltung zum Thema „Die Auswirkungen von Basel III auf die Immobilienfinanzierung“ statt, zu der die Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Lucia Puttrich, die deutschen Pfandbriefbanken und Finance Denmark eingeladen hatten. Europastaatssekretär Mark Weinmeister hob in seiner Begrüßung hervor, dass man insbesondere bezüglich der Eigenkapitalanforderungen mit einer gewissen Sorge auf die Umsetzung der Basel-III-Vereinbarung geblickt habe. Die Steigerungsraten seien nun aber glücklicherweise geringer ausgefallen als befürchtet. Kritisch sah er hingegen die vorgesehene Übergangszeit in der Frage der Wohnimmobilienfinanzierung, da die aktuell große Nachfrage mehr Planbarkeit verlange. MdEP Dr. Othmar Karas (EVP/AUT), Vizepräsident des EP, zeigte sich in einem anschließenden Impulsvortrag insgesamt

zufrieden mit dem Kommissionsvorschlag. Man müsse nun aber, u.a. durch einen Wettbewerb der Ideen, einen guten Vorschlag noch besser machen. Im Hauptteil der Veranstaltung hatten die Teilnehmer der Paneldiskussion die Möglichkeit ihre Einschätzungen bzgl. des Kommissionsvorschlags näher darzulegen. Während MdEP Jonás Fernández (S&D/ESP) und Almoró Rubín de Cervin (Kommission) für einen insgesamt risikobewussten Kurs plädierten, setzten sich Jens Tolckmitt (deutsche Pfandbriefbanken) und Carsten Tirsbaek (Jyske Realkredit und Association of Danish Mortgage Banks) als Vertreter der Finanzwirtschaft für eine Überführung der Übergangsregularien für den Immobiliensektor in eine permanente Lösung ein. In einem kurzen Schlusswort wies Ane Arnth Jensen, Deputy CEO Finance Denmark, darauf hin, dass die realen Auswirkungen der Regularien, besonders die auf die Kreditnehmer, stärker in den Vorschlag miteinzubeziehen seien.

Digital Leaders Roundtable am 26.01.2022: „Satellites for Tomorrow“

Auf Einladung der Staatsministerin für Digitale Strategie und Entwicklung, Prof. Dr. Kristina Sinemus, und Europaministerin Lucia Puttrich fand am 26.01.2022 der Livestream „Satellites for Tomorrow“ in der Landesvertretung in Brüssel statt. Es handelte sich um die zweite Veranstaltung der Reihe „Digital Leaders Roundtable“, die auf Initiative von Hessens Digitalministerin EU-Entscheidungsträger und Akteure aus Hessen zusammenbringt, um aktuelle europäische Digitalthemen zu diskutieren. Nach dem Thema Künstliche Intelligenz, dem der erste Digital Leaders Roundtable am 30.11.2021 gewidmet war, befassten sich Experten und politische Entscheidungsträger nun mit der Initiative der Kommission zur Schaffung eines europäischen „Satelliten-Internets“. Hessens Europaministerin Lucia Puttrich wies in ihrer Begrüßung auf die Bedeutung von Konnektivität hin und verwies darauf, dass Hessen ein wichtiger Raumfahrtstandort sei. Die Landesregierung habe deshalb auch Prof. Dr. Johann-Dietrich Wörner zum ersten Raumfahrtkoordinator der Hessischen Landesregierung ernannt. Die strategische Dimension eines europäischen Satelliteninternets stellte Digitalministerin Prof. Kristina Sinemus heraus. Sie warnte davor, dass Europa bei der Zukunftstechnologie den Anschluss nicht verpassen dürfe und begrüßte, dass die Kommission in Kürze ein entsprechendes Projekt vorschlagen wolle. Europa dürfe keine Zeit verlieren, und müsse mutig voranschreiten. Auf die Hintergründe und Ziele dieses Projekts ging sodann Christoph Kautz, stellvertretender Direktor, Innovation und Öffentlichkeitsarbeit, Generaldirektion Verteidigungsindustrie und Weltraum der Kommission, ein. Der Legislativvorschlag, den die Kommission in zwei Wochen vorstellen wird, werde sich mit den Zielen, der Governance, dem Beschaffungsmodell und dem Budget des Projekts befassen. Dass DEU bei diesem Projekt einen eigenen Gestaltungsanspruch geltend machen müsse, betonte in der Debatte Iris Plöger, Mitglied der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbands der Deutschen Industrie e.V. (BDI). Europa müsse auch eine entsprechende Kompetenz bei dem Bau von Satelliten aufbauen. Auf die geopolitischen Aspekte wies insbesondere Dr. Daniel Voelsen, Forschungsgruppenleiter „Globale Fragen“, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin, hin: Für die Staaten, aus denen die führenden Unternehmen kommen – allen voran die USA, gefolgt von China –, würden sich umfassende Möglichkeiten der politischen Einflussnahme ergeben. Sven Sünberg, Managing Director der Media Broadcast Satellite GmbH in Usingen, warnte davor, mit einer europäischen LEO-Satelliten-Konstellation bereits bestehende oder im Aufbau befindliche Konstellationen nur nachzuahmen. Vielmehr müsse ein europäisches Projekt den EU-Ansprüchen an Nachhaltigkeit, Technologie und Datenschutz genügen. Er verwies darauf, dass Europa einen großen Hebel in der Durchsetzung von Standards und Regulierungen habe, weil die EU einen sehr attraktiven Markt darstelle. Einigkeit bestand, dass entsprechende Ökosysteme geschaffen werden müssten, und eine europäische Koordinierung unerlässlich sei. Hessens

Digitalministerin Prof. Sinemus wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass insbesondere auch KMU einzubinden seien. Sie kündigte an, dass Hessen sich als starker Standort der Satellitentechnik weiter aktiv in die Debatte einbringen werde. Die Veranstaltung wurde von Silke Wettach, Wirtschaftswoche, moderiert.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Europäischer Rat

In den kommenden zwei Wochen findet kein Treffen des Europäischen Rats statt.

Rat

In den kommenden zwei Wochen findet kein offizielles Ratstreffen statt.

Europäische Kommission

02.02.2022	Taxonomie Allgemeine Normung
09.02.2022	Verteidigungspaket Mitteilung über die Beiträge der Kommission zu Europas Sicherheit und Verteidigung; Fahrplan für kritische Technologien für Sicherheit und Verteidigung
	Weltraum-Paket EU-Strategie für das Weltraumverkehrsmanagement; Aufbau eines weltraumgestützten globalen sicheren Kommunikationssystems der EU

Europäisches Parlament

In den kommenden zwei Wochen findet keine Plenarsitzung statt.

Ausschuss der Regionen

01.02.2022	CIVEX-Fachkommissionssitzung Erweiterungspaket 2021 (Arbeitsdokument) Stärkung der Beziehungen zwischen der EU und dem GBR auf subnationaler Ebene und Abmilderung der territorialen Auswirkungen des Austritts des GBR aus der EU (Arbeitsdokument)
03.02.2022	NAT-Fachkommissionssitzung Künftige EU-Beihilfen in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft und ländliche Gebiete (Abstimmung) Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen (Abstimmung)

EU-Waldstrategie für 2030 (Abstimmung)

11.02.2022 COTER-Fachkommissionssitzung
Achter Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt (Meinungsaustausch)
Verstärktes Engagement der EU für eine friedliche, nachhaltige und prosperierende Arktis (Meinungsaustausch)

Europäischer Gerichtshof

31.01.2022 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-700/20 London Steam-Ship Owners' Mutual Insurance Association
Haftung für Schäden aufgrund des Untergangs des Öltankers Prestige

03.02.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-20/21 LOT Polish Airlines
Gerichtliche Zuständigkeit für Klage auf Entschädigung wegen Flugverspätung

03.02.2022 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-121/21 Tschechische Republik / POL Braunkohletagebau Turów

03.02.2022 Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C-500/20 ÖBB-Infrastruktur Aktiengesellschaft
Haftung für Leasingkosten für Ersatzlok nach Entgleisung

07.02.2022 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-677/20 IG Metall und ver.di (Wahl der Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer)
Unternehmensmitbestimmung in einer durch Umwandlung gegründeten SE

08.02.2022 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-646/20 Senatsverwaltung für Inneres und Sport (Auflösung der Ehe durch Erklärung gegenüber dem italienischen Standesamt)
Anerkennung ausländischer Privatscheidungen

10.02.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-485/20 HR Rail
Verbot der Diskriminierung aufgrund einer Behinderung

10.02.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-522/20 OE (Gewöhnlicher Aufenthalt eines Ehegatten – Kriterium der Staatsangehörigkeit)
Gerichtliche Zuständigkeit für Scheidungsverfahren

Europäisches Gericht

02.02.2022	Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-799/17 Scania u. a. / Kommission LKW-Kartell
02.02.2022	Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-616/18 Polskie Górnictwo Naftowe i Gazownictwo / Kommission (Verpflichtungen für Gazprom) Mittel- und osteuropäische Gasmärkte: Verpflichtungen für Gazprom
02.02.2022	Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-399/19 Polskie Górnictwo Naftowe i Gazownictwo / Kommission (Zurückweisung einer Beschwerde) Beschwerde gegen Gazprom wegen Gaspreisen in POL
09.02.2022	Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-791/19 Sped Pro / Kommission Beschwerde wegen Missbrauchs marktbeherrschender Stellung - Rechtsstaatlichkeit in POL

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 11.02.2022.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA